

Sand im Getriebe 23

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

*rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe • html-Version unter www.attac-austria.org/sig/sig.php
email an die Redaktion: sig@attac.de*

Wie weiter?

Pierre **Khalfa** von ATTAC Frankreich untersucht die Weltlage und die Herausforderungen an die globalisierungskritische Bewegung: Führt die Wirtschaftskrise dazu, dass sich die Länder wieder voneinander abkapseln? Wurzelt die neue Politik der USA in rationalen Überlegungen oder in politisch-ideologischen Entscheidungen der Neokonservativen? Wie stark und dauerhaft sind die Rivalitäten zwischen den USA und der EU? Welche Rolle kann und soll Europa in der Welt spielen? Gewinnt die UNO eventuell wieder an Legitimität? Sind Teile der politischen islamischen Strömungen potentielle Bündnispartner? „Die Bewegung wird sich daher eine Reihe ganz neuer Fragen stellen müssen“ schreibt P. Khalfa und er stellt fest: „Das Problem, das wir heute lösen müssen, ist weniger das der alternativen Konzepte, sondern vielmehr das der zukünftigen Strategie der Bewegung.“

Alternative Konzepte sind beim **„Gipfeltreffen für eine andere Welt“** Ende Mai weiterentwickelt worden. Der in Jakarta verfasste **Friedenskonsens** hat in aller Deutlichkeit die Aggression gegen den Irak verurteilt und auf der Grundlage demokratischer Grundsätze und des Selbstbestimmungsrechts des irakischen Volkes eine Reihe von Forderungen entwickelt; darüber hinaus ist ein weltweiter Aktionsplan vereinbart worden.

Neben eindrucksvollen Beispielen von Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung (Gemeinden gegen GATS; Protestdemonstrationen und Versammlungen gegen den G8-Gipfel) weisen die Berichte von **Christoph Aguiton** und **Alessandro Pelizzari** über die vielfältigen und von vielen Menschen geführten Debatten während der Aktionstage gegen den G8-Gipfel darauf hin, dass gerade strategische Fragen aufgegriffen werden müssen. **Thomas Fritz** beschreibt die Auseinandersetzungen zur 5. WTO-Ministerratskonferenz im September in Cancún / Mexiko. Neben den Aktionsauswertungen und Klärungsprozessen in jeder ATTAC-Gruppe wird es auf beiden **Sommerakademien** in Österreich und in Deutschland wie auch am Europäischen Sozialforum in Paris wiederum Raum für die Entwicklung strategischer Eckpunkte geben.

	Seite
ATTAC Sommer-Akademien in Österreich und Deutschland / Workshop mit ÜbersetzerInnen	
	2
G8 in EVIAN	
Christophe Aguiton	Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel in Evian
	3
Alessandro Pelizzari	Angesichts des illegitimen G8-Gipfels ein Hauch von "Porto Alegre" in Genf
	5
SPAM (Sommet pour un autre Monde)	Ergebnisse des "Gipfeltreffens für eine andere Welt"
	7
Thomas Sablowski	Buchempfehlung: Robert Brenner, Bomm & Bubble, die USA in d. Weltwirtschaft
	14
GATS & CANCÚN	
www.stoppgats.at	240 österreichische Gemeinden fordern Stopp der GATS-Verhandlungen
	16
Thomas Fritz	Auf dem Holzweg nach Cancún
	17
1. AUSTRIAN SOCIAL FORUM (ASF)	
www.socialforum.at	Erklärung der Sozialen Bewegungen im Anschluß an das 1. Austrian Social Forum (ASF), Hallein 2003
	19
www.socialforum.at	Erklärung des Feministischen Forums des Austrian Social Forum 2003 in Hallein
	20
1. feministATTAC-Conference	
	20
ANTI-KRIEG	
Pierre Khalfa	Nach dem Irak-Krieg: wie geht es weiter?
	21
Gruppen aus der ganzen Welt	Jakarta Friedenskonsens
	25

Wir danken coorditrad und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die die SiGs erst möglich machen.

Die Redaktion: Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac-Deutschland), Barbara Waschmann (Attac Österreich), Karin Vogt, Alessandro Pelizzari (Attac Schweiz)

ATTAC Sommer-Akademien in Österreich und Deutschland

Österreich:

12.-16. Juli 2003, St. Johann im Pongau

zu Programm und Anmeldung :

www.attac-austria.org/aktuell/soak03/soak03.php

Deutschland:

1.-6. August 2003, Münster

zu Programm und Anmeldung :

www.attac.de/sommerakademie2003/

Die derzeitige Form der Globalisierung vergrößert weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich, führt zu Sozialabbau und zum Zusammenbruch ganzer Volkswirtschaften. Nach der herrschenden neoliberalen Logik stellen diese Vorgänge unvermeidliche Sachzwänge dar.

"Eine andere Welt ist möglich!" Unter diesem Slogan versammeln sich im ATTAC-Netzwerk weltweit Tausende von Menschen. Bei vielen ist es die moralische Empörung über weltweite und lokale Ungerechtigkeiten, die sie dazu führt, sich bei ATTAC zu engagieren. Doch oft fehlt das Wissen um die konkreten Zusammenhänge, fehlen die Argumente in Diskussionen und nach der Empörung kommt das Schweigen.

Mit den Sommerakademien (SoAK) in Deutschland und Österreich soll dem entgegen gewirkt werden:

Auf vielfältige Art und Weise wird Basis-Wissen nicht nur verbreitert und Wissen um Zusammenhänge vermittelt, sondern auch aktiv erarbeitet, alternative Positionen in der Zivilgesellschaft gestärkt. Plenumsreferate und Workshops bieten Raum für Fragen, Diskussion und Kreativität.

Das Rahmenprogramm lässt soziale Komponenten und Spaß nicht zu kurz kommen.

Für Unterkunft, Verpflegung und Kinderbetreuung ist vorgesorgt.

Die Akademien richten sich mit ihrem breiten Angebot sowohl an alle ATTAC-Mitglieder als auch an alle Initiativen und Gruppen des globalisierungskritischen Spektrums sowie interessierte Einzelpersonen.

Die Sommerakademien sind Verbindungen zwischen "Expertisen-Vermittlung" und "Mitmach-Akademie" sein. Das heißt, dass das Konzept sowohl die intensive Vermittlung von Fachwissen durch (internationale) ExpertInnen als auch die aktive Beteiligung der TeilnehmerInnen nach dem Motto "Lernen voneinander und miteinander" zum Ziel hat.

Die Redaktion von "Sand im Getriebe" sucht die Zusammenarbeit mit ÜbersetzerInnen Münster, Samstag, den 2. August, 14:30 – 18:00 Uhr

Zu diesem Workshop lädt die SiG-Redaktion sowohl die bisherigen ÜbersetzerInnen und DolmetscherInnen als auch weitere an einer Übersetzungstätigkeit interessierte Menschen ein.

Für den Austausch über die Sprachgrenzen hinaus und insbesondere für internationale Begegnungen wie das Weltsozialforum oder im November das Europäische Sozialforum werden immer wieder Übersetzungen gebraucht. Dafür ist **Coeditrad** geschaffen worden, ein Zusammenschluss von ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die nach ihren zeitlichen Kapazitäten und Interessen Übersetzungen übernehmen.

Hinzu ist das Projekt **Babels** gekommen, das die Dolmetschertätigkeiten auf internationalen Begegnungen koordinieren soll.

Ablauf des Workshops:

- kurze Darstellung der Funktionsweise von coeditrad und babels
- Austausch über die bisherige Organisation von Übersetzungen; Vorschläge zu deren Verbesserung
- Entwicklung einer Zusammenarbeit ÜbersetzerInnen /SiG-Redaktion: Über die "reine" Übersetzungstätigkeit

hinaus könnte die SiG-Redaktion durch Vorschläge von Artikeln unterstützt werden.

- Zuletzt könnten sich die TeilnehmerInnen nach der jeweiligen Fremdsprache in kleinen Gruppen aufteilen und "Fachgespräche" über Übersetzungsprobleme oder –unsicherheiten führen.

Mögliche Fortführung des Treffens an weiteren Tagen:

Am Sonntag, den 3.8. und Montag, den 4.8. wäre auch eine selbstorganisierte Fortbildung in kleinen Gruppen durch "praktische Übungen", also durch gemeinsame Übersetzungen für Sand im Getriebe oder andere ATTAC-Veröffentlichungen denkbar.

Für die Organisation des Workshops und der möglichen weiteren Treffen am Sonntag und/oder Montag bitten wir euch darum, parallel zu der Anmeldung bei der Sommerakademie uns so früh wie möglich die Fremdsprache(n) mitzuteilen, eure Vorschläge und Wünsche zu benennen und eure zeitlichen Vorstellungen anzugeben:

mdvernhes@gmx.de Stichwort Übersetzung
Marie-Dominique Vernhes, SiG-Redaktion

Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel in Evian von Christophe Aguiton

Fünf Tage lang, vom 29. Mai bis zum 2. Juni 2003, waren Genf, Annemasse und Lausanne, die bedeutendsten Städte rund um den Genfersee, Schauplatz der bislang größten Mobilisierungen in dieser Region. Zunächst einige Bemerkungen zum G8-Gipfel selbst.

Der Gipfel wurde knapp zwei Monate nach dem Eroberung Bagdads durch die amerikanischen Truppen abgehalten und sollte ein Symbol der "Versöhnung" zwischen den großen Ländern werden, wenige Tage nach dem einstimmigen Beschluss des UNO-Sicherheitsrates, die angloamerikanische Besetzung im Irak gutzuheißen.

Neben einer eher formellen Versöhnung – George Bush hielt sich nur wenige Stunden in Evian auf – brachte der G8-Gipfel sehr bescheidene Ergebnisse, so dass die dort anwesenden NGO ihre Schlussergebnisse "Ein G8-Gipfel umsonst" betitelten.

Der G8-Gipfel in Evian wird alles andere als ein Meilenstein in der Geschichte sein: So finden sich im Schlusskommuniqué die üblichen Empfehlungen wieder, die vollständig mit der neoliberalen Politik in Einklang stehen. Betont wird weiterhin die Notwendigkeit, anlässlich der WTO-Ministerkonferenz im kommenden September eine Vereinbarung über die Erweiterung des Welthandels zu treffen.

Ein neuer Aspekt dieses Gipfels ist, dass sich die Haltung gegenüber den südlichen Ländern, den NGOs und den globalisierungskritischen Bewegungen ein wenig gewandelt hat, was jedoch weder einen Kurswechsel in der Politik der G8-Länder zur Folge haben dürfte, noch die in Evian verfassten Empfehlungen beeinflussen wird. Eine scheinbare Öffnungstendenz kennt man bereits von den internationalen Institutionen, die versuchen, sich teilweise von den Regierungen zu emanzipieren, indem sie sich auf das Konzept der internationalen "Zivilgesellschaft" stützen: Zuerst die Weltbank anlässlich der Konferenz von Rio 1992, dann der IWF, die WTO oder auch die UNO nach Seattle. Doch die Staaten, die sich auf die Legitimität stützen, die sie durch die Wahl ihrer Vertreter in allgemeinen Wahlen erlangt haben, stellten sich schon immer gegen eine derartige Vorgehensweise. Dieser Haltungswandel ist ein zusätzlicher Beweis für die Kraft einer Bewegung, die langfristig die Machtverteilung auf internationaler Ebene beeinflussen kann.

Dennoch gab es keinerlei Garantie über das Ausmaß der Mobilisierung. Die Städte um den Genfersee sind nicht gerade groß: Genf hat 250.000 Einwohner, Lausanne 120.000, viel kleiner noch ist Annemasse. Eine riesige Sicherheitskampagne wurde auf die Beine gestellt, und die lokalen Medien kündigten den Ansturm von "Horden von Zerstörern" an. Doch besonders in Frankreich, dem Gastgeberland des G8, gab es bereits eine breite soziale Bewegung, die die Verteidigung der Rentensysteme und der öffentlichen Dienstleistungen zum Ziel hatte: Seit Wochen war bereits ein unbegrenzter Streik der LehrerInnen im Gange, die Demonstrationen vom 13. und 25. Mai vereinten Millionen von Menschen, und AktivistInnen bereiteten für den 3. Juni einen unbegrenzten Streik für verschiedenste Berufsgruppen vor.

Die Streikenden und DemonstrantInnen in Frankreich verbanden ihren Kampf mit dem gegen die neoliberale Globalisierung: Die Angriffe auf die bestehenden Rentensysteme und die öffentlichen Dienstleistungen sind zentrale Elemente der von den internationalen Institutionen propagierten und weltweit betriebenen Politik.

Es war alles andere als einfach, zeitgleich eine Demonstration für den 25. Mai in Paris, eine gesamteuropäische Demonstration in Genf und Annemasse für den 1. Juni und einen unbegrenzten Streik in die Praxis vorzubereiten, der am 2. Juni am Abend beginnen sollte!

100.000 Menschen zwischen Annemasse und Genf zusammenzubringen, ist ein großer Erfolg. Die Mobilisierungen gegen die G8 dürfen aber nicht allein an dieser Zahl gemessen werden.

Bei der Gründung der gemeinsamen Koordination vor einigen Monaten hat man sich bewusst für ein flexibles und minimalistisches System entschieden, das den verschiedenen Gruppierungen, die sich zur Mobilisierung gegen die G8 gebildet haben, vollständige Autonomie gewährleistet.

Damit hat man die einzige Möglichkeit gewählt, ein breites Spektrum an AktivistInnen zu vereinen: anarchistische Strömungen, Sozialdemokraten und vor allem auch zahlreiche Gewerkschaften, NGOs, Bewegungen und Vereinigungen. Auch geographisch gesehen war die Vielfalt groß. Von Beginn an war man fest entschlossen, auf europäischer Ebene zu arbeiten, mit Vertretern italienischer, deutscher, britischer, und besonders Schweizer und französischer Bewegungen. In diesen beiden Ländern haben die regionalen und lokalen Gruppierungen eine zentrale Rolle gespielt: Das "Forum Social Lémanique" für den Kanton Genf, das Anti-G8-Komitee für Lausanne und den Kanton Waadt, und Charg8 für Annemasse und das Département Haute-Savoie.

Die Demonstration am Sonntag, dem 1. Juni zwischen Genf und Annemasse war die einzige Initiative, die von all diesen Gruppierungen gemeinsam getragen wurde, während spezielle Bündnisse für die anderen Veranstaltungen verantwortlich waren. Die europäische Koordination hatte sich jedoch am 1. und am 2. März darüber geeinigt, dass die verschiedenen Aktionen von allen solidarisch mitgetragen würden, solange sie nicht gewalttätig, sondern friedlich seien.

Der globale Erfolg der Mobilisierung beruht daher auf dem Erfolg der einzelnen Aktionen und Initiativen, die zwischen dem 29. Mai und 2. Juni stattfanden.

Die alternativen Dörfer

Die Idee der Dörfer beruht auf zwei Faktoren:

- Die Erfahrung des "No border"-Dorfes in Straßburg im Sommer 2002, einer Erfahrung, die viele AktivistInnen auf breiterer Ebene wiederholen wollten,
- Der Verzicht auf Aktionen, die eine Spirale der Gewalt bewirken hätten können - zum Beispiel, sich Evian und

der roten Zone zu nähern -; das Zusammenleben in den Dörfern konnte beweisen, dass es möglich ist, zumindest eine Zeit lang mit den Regeln des Systems zu brechen.

Zwei Dörfer wurden organisiert: Das VAAAG, libertär und anarchistisch ausgerichtet, in dem über 3.000 TeilnehmerInnen zusammenkamen, und das VIG, in seiner Zusammensetzung breiter durchmischt, in dem 5.000 TeilnehmerInnen untergebracht waren. Zusätzlich zu diesen beiden Dörfern gab es noch den "G-Punkt", ein reines Frauendorf, und eine Gruppe von über Tausend Techno- und Soundsystem-Fans.

Die Teilnehmer sowie die Besucher der Dörfer haben eine enthusiastische Bilanz dieser Erfahrungen gezogen. Begeistert war man über die erfolgreiche Selbstverwaltung aller Dörfer, über deren Austausch und Zusammenarbeit und über die Vielzahl an Debatten und Initiativen, die dort organisiert wurden.

Der Gegengipfel und die Debatten unter AktivistInnen

Die großen Treffen der vergangenen Jahre konnten in zwei verschiedene Arten von Initiativen aufgeteilt werden: Versammlungen, die vor allem für Debatten und Austausch unter AktivistInnen Raum bieten, wie zum Beispiel die drei Weltsozialforen von Porto Alegre, und die großen internationalen Demonstrationen wie jene in Prag, Nizza, Genua oder Barcelona, um nur die europäischen zu nennen, bei denen Debatten lediglich am Rande stattfanden.

Der diesjährige G8-Gegengipfel zeichnete sich besonders durch die Verzahnung von Mobilisierung und Debatten aus, die von ebenso großer Bedeutung für den weltweiten Erfolg der Initiative waren wie die Demonstration am Sonntag, dem 1. Juni oder die Blockade-Aktionen, die davor stattfanden. Damit hat der G8-Gegengipfel genau wie das Europäische Sozialforum in Florenz im vergangenen November einen doppelten Erfolg erzielt: Auch beim ESF waren sowohl Debatten und Austausch zwischen AktivistInnen als auch die Demonstration gegen den Krieg und den Neoliberalismus von Erfolg gekrönt:

Eine Gesamtauflistung der Orte, an denen die Debatten und Diskussionen stattfanden, wäre zu lang, grundsätzlich aber lassen sich zwei Arten von Versammlungen unterscheiden:

- Konferenzen und Momente, die die Möglichkeit boten, Standpunkte und Analysen darzulegen, besonders jene, die von einem Kollektiv von NGOs auf dem "Gipfel für eine andere Welt" in Annemasse und dem CADTM und ATTAC in Genf organisiert wurden.
- AktivistInnenkoordinationen, die es in Annemasse, Genf oder den Dörfern ermöglicht haben, über die Kampagnen und Mobilisierungen Bilanz zu ziehen, wie zum Beispiel über die Antikriegskampagne oder die Mobilisierungen für die Verteidigung der Altersvorsorge und der öffentlichen Dienste und die nächsten geplanten Initiativen, wie zum Beispiel jene, die anlässlich der WTO-Minikonferenz in Cancún kommenden September stattfinden soll.

Die Blockaden von Sonntag morgen

Mit den Blockaden wollte man nicht den G8-Gipfel selbst, sondern vielmehr einen reibungslosen Ablauf verhindern und das Begleitpersonal dazu bringen, auf Hubschrauber oder Schiffe auszuweichen, um von ihren Hotels in Lausanne und Genf den Gipfel in Evian erreichen zu können. Damit setzte sowohl die Schweizer als auch die französische Bevölkerung ein klares Zeichen gegen einen Gipfel, der von der gesamten Koalition gegen den G8 als illegitim angesehen wird.

In Genf waren die Brücken der Stadt von 6 Uhr früh an gesperrt und, obwohl es zu Spannungen zwischen DemonstrantInnen und dem großen Polizeiaufgebot an Polizisten kam, konnte kein ernsthafter Zwischenfall beobachtet werden.

Auf der Straße zwischen Annemasse und Evian bewegten sich 2.000 AktivistInnen aus den Dörfern auf die strategisch wichtigen Kreuzungen zu, um sie zu blockieren. Nachdem dies gelungen war, blockierten einige Hundert AktivistInnen trotz des mehrmaligen Einsatzes von Tränengas mehrere Stunden lang friedlich die Straße.

In Lausanne hingegen lief aufgrund der Interventionen der Polizei nicht alles so reibungslos ab. Ein britischer Umweltaktivist, der den Verkehr auf der Autobahnbrücke zwischen Genf und Lausanne "behinderte", fiel 20 Meter in die Tiefe, als ein Polizist das Kletterseil durchschnitt, mit dem er gesichert war. In Lausanne besetzte die Polizei die alternativen Dörfer und verhaftete Hunderte junger AktivistInnen.

Gewalt während des G8-Gipfels

Zwei Jahre nach Genua war "Gewalt" das Lieblingsthema der Medien. Sowohl auf der französischen als auch auf der Schweizer Seite, wo die Behörden gar auf die Verstärkung durch deutsche Polizeikontingente zurückgriffen, war ein Polizeiaufgebot von noch nie da gewesenem Ausmaß mobilisiert worden.

Im großen und ganzen aber gab es weitaus weniger Zwischenfälle als in Genua. Zwischenfälle hätten vermieden werden können, hätte nicht das Eingreifen der Polizei die Situation verschlimmert.

Auf französischer Seite fanden lediglich am Samstag, den 31. Mai – bedauerliche, jedoch nicht allzu gravierende – Zwischenfälle statt, vor der Halle, in der die sozialistische Partei eine Konferenz abhalten sollte.

Auf Schweizer Seite waren die Schwierigkeiten auf Grund der Polizeiinterventionen während der Blockaden am Sonntag morgen in Lausanne und in Genf größer.

In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurden von einer Gruppe von mehreren Hundert nicht identifizierten Menschen – es gab weder Forderungen noch Verhaftungen – zahlreiche Glasscheiben zerstört und Brände ausgelöst, die Menschenleben gefährdeten; eine Garage in einem Wohnblock brannte vollständig aus.

Die Polizei, die dafür kritisiert worden war, dass sie in dieser Nacht zu wenig interveniert hätte, hat nach der Demonstration in der Stadt Genf am 1. Juni und auch am Abend des 2. Juni massiv eingegriffen. Während dieser Interventionen wurde ein Journalist schwer verletzt und die

"Usine", ein alternativer Treffpunkt von der Polizei auf brutalste Art besetzt. Die Genfer Behörden verhängten zudem ein unbefristetes Demonstrations- und Versammlungsverbot!

Die Demonstration am 1. Juni hatte gezeigt, dass die Bewegung gereift war. Was die AktivistInnen-Netzwerke angeht, so war die Situation in der französischsprachigen Schweiz, insbesondere im Kanton Genf, und der deutschsprachigen Schweiz in den Kantonen Bern und Zürich sehr unterschiedlich.

In Genf war die Protestbewegung gegen die G8, vergleichbar mit den aktuellen Mobilisierungen in Frankreich oder Italien, enorm: Alle Gewerkschaften des Kantons sowie alle Linksparteien – die in der Stadt die Mehrheit halten –, riefen zu Demonstrationen auf. In dieser Situation fühlten sich die radikalen AktivistInnen als Teil einer größeren Bewegung – was nicht bedeutet, daß Debatten oder unterschiedliche Meinungen unmöglich waren. Damit traten jedoch die Ziele auf numerischer und inhaltlicher Ebene in den Vordergrund: So viele Menschen wie möglich zu mobilisieren, und G8, Krieg und neoliberale Politik zurückzuweisen. Dieses Zusammenspiel und die Verbindung zwischen den Bewegungen funktionieren in Zürich oder Bern weitaus schlechter, und die radikalen AktivistInnen, die zu einem großen Teil noch sehr jung sind, haben in der Gewalt ein Mittel gefunden, ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer ungerechten Gesellschaft Ausdruck zu verleihen.

Die Mobilisierungsdynamik gegen die G8 hat es vermocht, die Kluft zwischen den beiden aktivistischen "Lagern" zu verringern. Viele junge radikale AktivistInnen aus Zürich und Bern haben sich dazu entschlossen, gemeinsam mit allen anderen AktivistInnen bis Annemasse der Demonstration zu folgen.

Dies nur einige Elemente einer Bilanz, die zahlreiche Beiträge verdient. Initiativen wie das GWelt-Treffen, das die am 28. Mai von allen Attacs der Welt organisiert wurde, die am Samstag, dem 31. am Genfersee entfachten "Seefeuer" oder auch die in Annecy organisierten Initiativen müssen in eigenen Bilanzen analysiert werden. Auch die Rolle der alternativen Medien, die bei all den Initiativen zahlreich vertreten waren, verdient es, näher beleuchtet zu werden.

Bei der Bilanzversammlung des Pariser Kollektivs entstand die Idee, am Europäischen Sozialforum in Paris/St. Denis ein Seminar zu organisieren, um die Erfahrungen aller großen europäischen Initiativen – Genua, Barcelona, Brüssel, Thessaloniki, Genf und Annemasse – unter AktivistInnen-netzwerken zu diskutieren.

Übersetzerin: Cécile Kellermayr, Lektorat: Christine Belakhdar Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, cooditrad@attac.org, sig23kv

Angesichts des illegitimen G8-Gipfels ein Hauch von "Porto Alegre" in Genf von Alessandro Pelizzari

Diesmal war der G8-Gipfel kein Routinegipfel, und zwar aus den zwei folgenden Gründen:

Erstens hat der Gipfel zum ersten Mal Staatschefs vereint, die durch die Umstände der US-amerikanisch-britischen Invasion des Irak zutiefst gespalten waren.

Die Bush-Verwaltung hatte nicht nur die demokratischen und pazifistischen Gefühle von Millionen Menschen, die sich in hunderten Demonstrationen in zahlreichen Ländern auf allen Kontinenten versammelt hatten, mit Füßen getreten, sondern sie hat auch ihre grenzenlose militärische Übermacht in einem Krieg unter Beweis gestellt, der ein riskantes Spiel wohl wert war: Die Kontrolle der Erdölvorkommen und -transportwege, die Neugestaltung der geopolitischen Landschaft im Nahen und Mittleren Osten, die Verordnung einer dauernden Kriegswirtschaft, die Änderung des Verhältnisses zwischen der Europäischen Union und den USA und die Neudefinition der institutionellen Strukturen der Globalisierung. Angesichts dieser Risse hatte Jacques Chirac zu einem "G8 Gipfel des Friedens" eingeladen, um die Rivalitäten zwischen den Großmächten zu "befrieden"...

Zweitens fand der G8-Gipfel in Evian statt, während sowohl in den USA, als auch in der Europäischen Union und selbst in der Schweiz in denselben Fragen ein regelrechter sozialer Kampf gegen die Lohnabhängigen geführt wird: soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit, Recht auf Bildung und Arbeit. Vor dem Hintergrund einer tiefen, internationalen

Wirtschaftskrise beobachten wir heute eine perfekte Koordinierung der Angriffe durch die jeweiligen Regierungen, Linke mit eingeschlossen. Die laufenden Gegenreformen zielen darauf ab, das Prinzip der Solidarität zwischen den Generationen zu brechen und die nach 20 Jahren Reformen und Abbau verbleibenden Reste der Einrichtungen zur sozialen Sicherheit endgültig zu beseitigen, und haben in mehreren europäischen Ländern einen starken sozialen Widerstand ausgelöst.

Angesichts des illegitimen und unnötigen G8-Gipfels...

Die Bewegung der GlobalisierungskritikerInnen stand in ihrem Widerstand gegen den G8-Gipfel also vor einer zweifachen Herausforderung:

Einerseits die Antikriegsbewegung am Leben zu erhalten, andererseits an die sozialen Bewegungen in Europa anzuknüpfen (Thema Altersvorsorge z.B.), und diese zu einem festen Bestandteil einer gemeinsamen Bewegung von ganz Europa zu machen. Die Bedingungen für die Mobilisierung waren nicht die allerbesten: ein auf mehrere Städte und selbst Länder aufgesplitterter Rahmen (Genf, Annemasse und Lausanne) sowie ein besonders schwaches Mobilisierungsreservoir in dieser dünn besiedelten Gegend mit geringem sozialem Konfliktpotential (Schweiz).

Das Scheitern der Mobilisierung war nicht auszuschließen, was weitreichende Folgen für die Dynamik der Bewegung gehabt hätte, vor allem im Hinblick auf das Europäische Sozialforum im November in Paris/St. Denis. Mit ein wenig Abstand darf man feststellen: Wenn irgendetwas völlig schiefgegangen ist, dann wohl der Gipfel in Evian selbst. Obwohl die 8 Regierungschefs anerkennen, daß das aktuelle System in einer tiefen Krise steckt, haben sie lediglich ihre neoliberalen Rezepte bekräftigt, die der eigentliche Grund für die weltweite wirtschaftliche und soziale Krise sind.

Einmal mehr haben sie keine Garantie für den Zugang der Südländer zu Medikamenten abgegeben. Der G8-Gipfel hat sich damit begnügt, das "Engagement zu begrüßen", mit dem die pharmazeutische Industrie "freiwillig" Medikamente zu günstigen Preisen zu liefern gedenkt. Einmal mehr ist der Schuldenerlaß (60 Mrd. US\$) gegenüber den benötigten Mitteln für Entwicklung vernachlässigbar klein geblieben. Einmal mehr beschränkt sich die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika darauf, private Investitionen multinationaler Konzerne zu fördern. Einmal mehr haben sich die Staatschefs damit begnügt, den Zugang zu Wasser durch den Aufruf zu PPPs (Private-Public Partnerships) zu garantieren, die letztlich über die Verstärkung von Mechanismen wie die Abdeckung des Währungsrisikos wieder nur den Konzernen zugute kommen. Glaubt man Jacques Chirac, dann stand der G8-Gipfel in Evian im Zeichen der "Verantwortung" und der "Solidarität" und hatte zum Ziel, konkrete "Aktionspläne" für die Umsetzung der "eingegangenen Verpflichtungen" zu schaffen.

Allerdings ist angesichts des von George W. Bush verkörperten "G1" keine einzige dieser "Prioritäten" zum Vorschein gekommen. Dadurch bleibt das Hauptergebnis von Evian die "Normalisierung" der Beziehungen zwischen den USA und den aufsässigen Ländern, allen voran Frankreich, im Rahmen der letzten Abstimmung des UNO-Sicherheitsrats, die den Irak-Krieg im nachhinein legitimiert und den Schacher über den Wiederaufbau des Landes eröffnet hat. In der wiedergefundenen Einheit und dem bekräftigten Vertrauen in das Wachstum hat der G8-Gipfel angekündigt, die zerstörerische Handelsliberalisierung im Hinblick auf die nächste Verhandlungsrunde der WTO in Cancún weiter beschleunigen zu wollen, die Deregulierung der Pensionssysteme und die "strukturellen Reformen" des Arbeits- und Kapitalmarktes fortzusetzen und den angeblichen "Krieg gegen den Terror" zu verstärken.

...eine umfassende Mobilisierung...

Um diese Politik zu verurteilen und die Auflösung des G8 zu fordern, sind Tausende GlobalisierungskritikerInnen aus ganz Europa dem Aufruf gefolgt und während der 5 Tage in Annemasse, Genf und Lausanne zusammengekommen.

Durch die Organisation von Gegenforen, Versammlungen, friedlichen Blockaden und die große Demonstration vom Sonntag, dem 1. Juni, die über 100.000 Menschen in der größten Demonstration auf Schweizer Boden seit Jahrzehnten vereinte, wurde die Mobilisierung nicht nur ein Riesenerfolg hinsichtlich der Beteiligung, sondern hat auch die soziale Ausweitung der Bewegung hin zu den europäischen sozialen Bewegungen und der Antikriegsbewegung ermöglicht.

Und nicht nur dies: Wie die Tafeln gezeigt haben, die Genf überzogen und mit jedem Feder- und Pinselstrich mehr zu fantastischen Gemälden und Räumen der kreativen Freiheit geworden waren, ließ sich auch die ansässige Bevölkerung am Himmelfahrtswochenende von diesem Geist eines "kleinen Porto Alegre" mitreißen, wie die Genfer Zeitung "Le Courier" titelte. So wurden ab dem Donnerstag zahlreiche überfüllte Foren und Konferenzen von Zehntausenden AktivistInnen besucht, wie zum Beispiel das Kolloquium der europäischen Attacs, das "Schuldentribunal" des Komitees für den Erlass der Schulden der Dritten Welt (CADTM) oder die Versammlungen der sozialen Bewegungen, in denen nicht nur die Hintergründe der sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Kriege analysiert wurden, sondern auch der Konsens über die in den letzten Jahren erarbeiteten Schlüsselforderungen der Bewegung erweitert wurde: Ablehnung der Außenschulden, Besteuerung von Devisentransaktionen, Ablehnung von Handelsliberalisierung und Privatisierung, insbesondere im Bereich Wasser, Nahrungssouveränität, Recht auf Bildung und Gesundheit usw. Die Treffen gaben auch Gelegenheit, die nächsten Begegnungen festzulegen: Weltweiter Aktionstag gegen die US-amerikanisch-britische Besatzung, für den zwei Daten - der 13. und der 27. September - vorgeschlagen wurden sowie Mobilisierung gegen die Ministerkonferenz der WTO in Cancún (Mexiko) im selben Monat.

Die Diskussionen gaben auch Raum für eine kritische Bilanz: Dies traf vor allem auf die Treffen der Antikriegsbewegung zu, die mit einer Feststellung begannen: Obwohl die Mobilisierung gegen den Krieg ein reeller Erfolg war, konnte der Krieg trotzdem nicht verhindert werden. Es stellte sich die Frage: Was wird aus der Antikriegsbewegung? Die Tausenden an diesem Wochenende in der Region anwesenden Menschen waren der Beweis dafür, "dass der 20. März, der Tag des Kriegsbeginns, den Kampfgeist nicht brechen konnte", meinte Paolo Gilardi von der Gruppe Schweiz ohne Armee - GSoA. Weiter fragte er: "Wie kann angesichts des permanenten Krieges als neues Instrument der Domination eine dauernde Bewegung entstehen, die in der Lage ist, eine andere Welt zu entwerfen, welche nicht nur möglich sondern geradezu notwendig ist?" Dies ist wohl die Kernfrage, auf die alle, die neue Wege für den Aufbau einer anderen Welt öffnen wollen, eine Antwort finden müssen, weshalb sie auch im Mittelpunkt der Abschlussdebatte des Kolloquiums der europäischen Attacs stand, bei dem verschiedene VertreterInnen der sozialen Bewegungen Europas, des Südens und der USA Fragen wie die Zusammenhänge zwischen momentanen und langfristigen Forderungen, das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und politischen Kräften, etc. diskutierten, also strategische Fragen, die den Abwehrkämpfen eine politisch offensivere Dynamik verleihen sollen. Diese Diskussion muss im Hinblick auf das Europäische Sozialforum notgedrungen weitergeführt werden und aus den Erfahrungen und der Kreativität der konkreten Kämpfe, wie den laufenden sozialen Kämpfen in Europa, neue Impulse schöpfen.

...und einige Fragen

Der Erfolg der Mobilisierung ist umso bedeutender, als diese Mobilisierung in einem Klima extremer Sicherheitshysterie stattgefunden hat, welche darauf abzielte, die Bewegung zu

destabilisieren und im Zusammenhang mit ihrer angeblichen Gewaltbereitschaft zu kriminalisieren.

Die Gewalt - also der Missbrauch von Macht - gehört jedoch zum ständigen Werkzeug des Neoliberalismus. Der letzte Krieg ist davon ein extremer Ausdruck, genauso wie die Ablehnung einer kostenlosen Versorgung von Millionen von AIDS-Kranken mit Medikamenten. Oder, in unserer unmittelbaren Umgebung: 60-jährige Lohnabhängige zu zwingen, länger zu arbeiten, obwohl sie praktisch keine Möglichkeit haben, eine Stelle zu finden, ist offensichtlich eine Form der sozialen Gewalt, die Angst auslösen muss.

Diesen Formen der Gewalt wird eine "Gegengewalt" entgegengesetzt: Betriebsbesetzungen, Blockaden von Bahngleisen oder von Straßen, um die Pensionsreform in Frankreich oder in Österreich zu verhindern, direkte Aktionen gegen das Felder mit gentechnisch veränderter Pflanzen usw., all dies sind Aktionsformen, die immer mehr Zustimmung in der Öffentlichkeit finden. Dies gilt auch für die friedliche Blockade der Zufahrtsstraßen nach Evian, gemeinsame Erfahrungen, die alle Beteiligten als Teil einer Geschichte des Widerstands durchaus positiv bewertet haben. Es können sich tatsächlich zahlreiche Menschen mit der Notwendigkeit, diese Art von Initiativen zu ergreifen, und mit den Zielen, die dabei verfolgt werden, identifizieren.

Dies ist streng zu unterscheiden von Aktionen einer kleinen, außerhalb der Bewegung stehenden Minderheit am Rande der großen Demonstrationen des Wochenendes, bei denen Menschenleben gefährdet wurden.

Wohingegen die unerträgliche Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte - die über die Demonstrationen des G8-Gipfels hinaus fortgesetzt wurde - durchaus Teil der system-

inhärenten Gewalt ist. Nach Aktionen dürstende Polizeikräfte, die nach den Worten der Polizeigewerkschaft bisher immer gezwungen war, als Statisten zu fungieren, haben sich gegen etwa hundert völlig friedlichen DemonstrantInnen ausgetobt. Der Überfall des "Centre Cultures Usine", die Misshandlung der dort arbeitenden MedienaktivistInnen und die hunderten Festnahmen haben sehr stark an die Ereignisse in Genua erinnert, wo die Schlägertruppen uneingeschränkt Schaden anrichten konnten, wohingegen das Zentrum der GlobalisierungskritikerInnen in der Diaz-Schule auf brutale Weise von der Polizei angegriffen worden war.

Genf ist sicherlich nicht Genua und die Schweiz ist nicht mit Italien gleichzusetzen. Vor zwei Monaten hat jedoch auch die Genfer Polizei mit einer neuartigen Markierungswaffe, die ohne das Wissen von Politik und Polizeidirektion eingesetzt worden war, auf eine Gewerkschafterin geschossen. Es gab keine bessere Gelegenheit, um kurz vor dem Gipfel in Evian klarzumachen, dass jeglicher Widerspruch mit scharfer Unterdrückung zu rechnen haben würde. Eine Unterdrückung, der die 100.000 Demonstranten die Stirn boten, indem sie ihre Angst überwandten und den tatsächlichen, in Evian versammelten Gewalttätern die Kraft einer friedlichen, in ihren Forderungen aber radikalen, Flut entgegengesetzten.

Übersetzung: Martin Regelsberger, Lektorat: Michael Hesselberg, sig23kv

Ehrenamtliches Übersetzungs-Team: coorditrad@attac.org

Das Gipfeltreffen für eine andere Welt

Annemasse und Genf, 29.-31. Mai 2003

von SPAM (Sommet pour un autre Monde, dt.: Gipfel für eine andere Welt)

AUFRUF an die Regierenden der G8-Länder

Als eine von vielen Bürgerbewegungen, die den G8 gegenüberstehen, hat das Gipfeltreffen für eine andere Welt mittels mehrerer Runder Tische eine Plattform geschaffen, in der die BürgerInnen zu Wort kommen und sich austauschen konnten und in der die Tagesordnungspunkte des Gipfels von Evian standen.

Diese Runden Tische ermöglichten es den Bürgerorganisationen des Nordens und des Südens, ihre Analysen und Vorschläge zu den verschiedenen Themen vorzustellen. Dabei sollten insbesondere die Organisationen der südlichen Länder zu Wort kommen (ungefähr dreißig Vertreter stammten aus Afrika, Lateinamerika und Asien).

An jedem Runden Tisch konnten mehr als 300 Personen an den Diskussionen teilnehmen. Dieser Austausch ermöglichte es, die unterschiedlichen Sichtweisen einander gegenüberzustellen und die Vorschläge der BürgerInnen zum Aufbau einer anderen Welt zu konkretisieren.

Die mit der Organisation des Gipfeltreffens betrauten Vereinigungen - Agir ici, Amis de la Terre, Attac, CADTM, CCFD, CRID, 4D und Greenpeace - decken die gravierenden

Schwachstellen der gegenwärtigen "Weltregierung" auf, die es unmöglich macht, die neoliberale Globalisierung zu regulieren - eine Globalisierung, die die Konzentration von Reichtümern beschleunigt, zu wirtschaftlicher, sozialer sowie kultureller Ausgrenzung führt und die Umwelt zerstört.

Unsere Vereinigungen betrachten das G8-Treffen als illegitim. Ein G8-Treffen hat in einer demokratischen Weltregierung wahrlich keinen Platz. Natürlich hat jeder Staats- und Regierungschef der G8-Länder das Recht, sich für die Umsetzung der Politik in seinem eigenen Land einzusetzen und natürlich haben die acht Staats- und Regierungschefs das Recht, sich zu treffen. Dieses Kartell hat jedoch nicht das Recht, Regeln für die weltweite Politik aufzustellen. Dafür haben die Bürger der Welt ihren Staats- und Regierungschefs kein Mandat gegeben.

Die Themen des G8-Gipfels fallen vielmehr in den Verantwortungsbereich der Vereinten Nationen. Die Vereinten Nationen müssen unbedingt gestärkt und reformiert werden, um einen angemessenen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen der Frieden erhalten, eine nachhaltige Entwicklung erreicht, die Rechte des Einzelnen

und der Gemeinschaft gefördert und der Respekt vor dem ökologischen Gleichgewicht bewahrt werden können.

Wir stellen im Folgenden zusammenfassend die Vorschläge vor, die anlässlich dieses Gipfeltreffens für eine andere Welt diskutiert wurden, Vorschläge, die von zahlreichen Vereinigungen in Frankreich und anderswo getragen werden, wovon die verschiedenen Kampagnen und gemeinsamen Stellungnahmen zeugen, die sich im Anhang finden.

A) NEPAD - Neue Partnerschaft für Entwicklung in Afrika

Die Regierenden der G8-Länder und die afrikanischen Staatschefs, die das Projekt unterstützen, stellen die NEPAD als Wundermittel dar. Doch die NEPAD kann nicht wirklich als echte Partnerschaft gelten, wenn einer der Partner, nämlich die G8-Staaten, weiterhin einseitig die Politik auf dem afrikanischen Kontinent bestimmt. Die NEPAD muss sich von dem neoliberalen Konzept distanzieren, das eine der Hauptursachen für die Verarmung Afrikas ist, und sie muss sich für eine nachhaltige Entwicklung des Kontinents einsetzen, in deren Zentrum der Respekt vor den grundlegenden Menschenrechten (Erziehung, Zugang zu Wasser, Gesundheit) steht. Direktinvestitionen aus dem Ausland, wie sie immer wieder beschworen werden, können nicht als glaubwürdige Finanzierungsmöglichkeit für eine nachhaltige Entwicklung in Afrika gelten. Die G8-Staaten müssen ihre Verantwortung wahrnehmen, indem sie ihren Beitrag zu den Staatsfinanzen leisten, angefangen mit dem Schuldenerlass für den Kontinent. Im Übrigen müssen Anstrengungen unternommen werden, um andere Finanzierungsmechanismen zu fördern (internationale Besteuerung; Geldflüsse, die durch Migration entstehen; Solidarwirtschaft). Schließlich muss jede betroffene Bevölkerung umfassend beteiligt werden am Entwurf, der Umsetzung und der Kontrolle der politischen Maßnahmen, die sie betreffen.

B) Handel und Entwicklung

Die 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) findet nächsten September in Cancún (Mexiko) statt. Im Hinblick auf diese Konferenz fordern wir einen Aufschub der Verhandlungen, bis die sozialen Folgen der Liberalisierungspolitik sowie deren Auswirkungen auf die Umwelt ausgewertet sind. Diese Auswertung muss in transparenter, unabhängiger und pluralistischer Weise erfolgen, unter vollständiger Beteiligung der Zivilgesellschaft. Die G8-Staaten müssen die grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen wie Erziehung, Gesundheit, Wasserversorgung oder Umwelt aus den GATS-Verhandlungen ausschließen und dürfen das Mandat der WTO nicht auf neue Bereiche ausdehnen.

C) Annullierung der Schulden

Die G8-Staaten sind die Hauptgläubiger der armen Länder dieser Welt, die weiterhin jedes Jahr fast 400 Milliarden US-Dollar abzahlen. Die internationalen Finanzinstitute (Weltbank und IWF) stellen mittels verschiedener Mechanismen Bedingungen, mit denen sie neoliberale politische Maßnahmen durchsetzen, welche von den Bevölkerungen des Südens breit abgelehnt werden. So halten sie die armen Länder in einem System der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit fest. Es ist dringend, mit

diesem Mechanismus zu brechen. Die G8-Staaten müssen sich verpflichten, allen armen Ländern sofort sämtliche Schulden zu annullieren, den Ländern mit mittlerem Einkommen ihre Schulden zum Teil zu erlassen, und ein internationales Schuldengericht unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einzurichten, das sich um die Insolvenzfälle und die unethischen Schulden kümmert. Es reicht nicht aus, das Prinzip der unethischen Schulden, demzufolge ein Volk die Schulden nicht zurückzahlen hat, die ein Diktator gemacht hat oder wenn die Kredite einem anderen Zweck als dem ursprünglich vorgesehenen zugeführt wurden, als allgemeingültig zu erklären – auf dieses Prinzip berief man sich übrigens anlässlich der irakischen Schulden. Auch müssen unrechtmäßig erworbene Güter den Völkern zurückgegeben werden, denen sie gestohlen wurden. Und schließlich muss die Frage nach den Entschädigungszahlungen für Versklavung, Kolonialisierung, unfairen Tausch und Plünderung von Ressourcen gestellt werden..

C) Zugang zu Wasser

Heute haben 1,5 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser. Die Wasser-Ressourcen sind zunehmend gefährdet durch übermäßigen Verbrauch und Verschmutzung. Wir fordern, dass im Rahmen der Vereinten Nationen über eine internationale Gesetzgebung verhandelt wird, die die internationale und regionale Verwaltung der Wasserversorgung regelt. Wasser ist ein Gemeingut der Menschheit und darf als solches nicht privatisiert werden. Die Verwaltung der Wasserversorgung muss in die öffentlichen Dienste eingebunden sein und auf demokratischen und partizipativen Verfahren beruhen.

D) Kampf gegen die Viruskrankheit AIDS

95% der Menschen, die an AIDS erkrankt sind, haben keinerlei Zugang zu Behandlung und sind zum Tode verurteilt. Wir fordern von Präsident Chirac, dass er den Kampf gegen AIDS mit 500 Millionen Euro pro Jahr unterstützt. Diese Hilfe darf an keinerlei Bedingung geknüpft werden. Wir fordern von den Regierenden der G8-Staaten, dass sie:

- in jedem Land den Zugang zu allen notwendigen Heilmitteln und vorbeugenden Maßnahmen ermöglichen;
- die kostenlose Medikamentenausgabe für chronisch Kranke fördern;
- der Bevölkerung in allen armen Ländern den Zugang zu modernen Therapiemaßnahmen ermöglichen;
- die Produktion, den Export und den Import allgemeinmedizinischer Produkte in bzw. aus den Entwicklungsländern ermöglichen.

E) Weltweite Regelungen für die Umwelt

Um die schweren Mängel der weltweiten Regelungen auf dem Gebiet der Umwelt auszugleichen, müsste eine Weltumweltorganisation (WUO) geschaffen werden. Diese WUO müsste transparent sein, offen für Beteiligung der BürgerInnen und sich für die Gerechtigkeit zwischen dem Norden und dem Süden einsetzen. Sie würde sicherstellen, dass die Regeln des Umweltschutzes Vorrang vor den Regeln des internationalen Handels haben und sie wäre eingebunden in eine umfassende Reform des Systems der Vereinten Nationen. Was gegenwärtig am meisten drängt, sind das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls und die "Biosicherheit".

F) Die Verantwortung der Unternehmen für soziale Belange und für die Umwelt

Die G8-Staaten sind diejenigen, in denen die wichtigsten multinationalen Unternehmen der Welt ihren Geschäftssitz haben. Diese Unternehmen sind inzwischen mächtiger als viele Staaten. Ihr unverhältnismäßiger Einfluss geht so weit, dass diese Unternehmen sich über die Gesetze stellen können und ungestraft davonkommen, wiewohl ihr Handeln sehr ernste Auswirkungen sowohl auf die Menschenrechte als auch auf die Umwelt hat. Die G8-Staaten müssen sofort über den Einsatz eines internationalen, rechtlich bindenden Instrumentariums verhandeln, das die Verantwortung der Unternehmen für soziale Belange und für die Umwelt regelt. Für den Moment fordern wir, dass die G8-Staaten die Initiative "Publiez ce que vous payez" (dt.: "Legt offen, was ihr zahlt") schnellstmöglich in ein rechtlich bindendes Instrumentarium umwandelt.

G) Weltweite Steuern und Entwicklungsfinanzierung

Bezüglich der Außenfinanzierung schlagen wir eine weltweite Steuer auf Wechselkurstransaktionen vor, was die sofortige Aufhebung des Bankgeheimnisses voraussetzt. Diese Steuer würde nicht nur zusätzliche Mittel für die Entwicklungsfinanzierung einbringen, sondern auch zur weltweiten finanziellen Stabilität beitragen. Hinsichtlich der Innenfinanzierung wird nur eine drastische und tiefgreifende Reform des internationalen Finanzsystems ermöglichen, das interne Sparvermögen für die Entwicklung einzusetzen und den Ländern des Südens ihre Souveränität bei der Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik zurückzugeben. Diese Reform erfordert vor allem, dass die neoliberale Denkweise durchbrochen wird, die die internationalen Finanzinstitute fördern.

H) Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte

Nach den Attentaten des 11. September 2001 hat eine Reihe von Staaten unter Berufung auf die Bekämpfung des Terrorismus Gesetze erlassen, die Versammlungsfreiheit und das Recht auf Kundgebung und Meinungsäußerung einschränken. Auch konnte eine Zunahme unmenschlicher und herabwürdigender Behandlungen festgestellt werden. In bestimmten Ländern hat die Gesetzgebung die Definition des Begriffs Terrorismus so weit gefasst, dass dadurch die Möglichkeit geschaffen worden ist, die Tätigkeit zahlreicher Aktivisten als terroristisch zu qualifizieren und sie festzunehmen. Der Kampf gegen den Terrorismus darf kein Vorwand sein, um die auf den internationalen Texten fußenden Gesetze und Verpflichtungen, die die Staaten mitunterzeichnet haben, zu missachten.

I) Kontrolle über den Waffenhandel

Weltweit stammt die Waffenausfuhr zu 90% aus den G8-Staaten. Diese Waffen breiten sich auf der ganzen Welt stark aus, schüren mörderische Konflikte und vervielfachen die Anzahl der Opfer, hauptsächlich in der Zivilbevölkerung. Die G8-Länder müssen der schamlosen Waffenschieberei ein Ende setzen und sich dazu verpflichten, über ein rechtlich zwingendes internationales Instrument zur Kontrolle des Waffenhandels zu verhandeln.

FORDERUNGEN

A) Handel und Entwicklung: Zugang zu den Basisdienstleistungen

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) ist eines der Abkommen der WTO (Welthandelsorganisation). Darin enthalten ist die Absicht, die Dienstleistungsbereiche weltweit zu privatisieren. Davon betroffen sind Kernbereiche wie Bildung, Gesundheit, Trinkwasser oder Energie.

Auf die Länder des Südens wird Druck ausgeübt, damit sie diese Bereiche dem Weltmarkt gegenüber zu Gunsten der multinationalen Konzerne des Nordens weiter öffnen. Die in den vergangenen Jahren unter der Federführung der internationalen Finanzinstitute durchgeführten Privatisierungen haben für die Bevölkerung verheerende Folgen hervorgerufen (Tariferhöhung, Ungleichheiten bei der geographischen Versorgung und der Dienstleistungsqualität usw.).

Vor jeder neuen Verpflichtung ist eine unabhängige und pluralistische Einschätzung der Auswirkung der Privatisierung von Dienstleistungen unerlässlich. Diese von den Ländern des Südens und von internationalen Organisationen unterstützte Forderung findet kein Gehör. Vielmehr sind die Klauseln des Abkommens derart einengend, dass sie den Regierungen für die Umsetzung ihrer nationalen Politik keinen Handlungsspielraum mehr übrig lassen.

Trotz der Tragweite des GATS werden die Verhandlungen darüber in einer Undurchsichtigkeit geführt, die jede demokratische Kontrolle verhindert. Das Jahr 2003 ist bis zur Ministerkonferenz im September in Cancún (Mexiko) mit wichtigen Terminen durchgeplant. Wir fordern:

- dass einsehbar Verhandlungen unter Einbezug der Staatsbürger und Parlamentarier gewährleistet werden
- dass über das Abkommen so lange ein Moratorium verhängt wird, bis eine Auswertung stattgefunden hat
- und zuletzt, dass die Dienstleistungen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse aus dem GATS herausgenommen werden.

B) Handel und Entwicklung: Landwirtschaft und Ernährung

Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in 1,3 Milliarden Landwirtschaftsbetrieben unmittelbar von der Landwirtschaft. 800 Millionen Personen leiden unter chronischer Unterernährung und zwei Drittel dieser Personen sind arme Bauern.

Die Regeln des Wirtschaftsspiels treiben die Bauernbetriebe auf ein absehbares Ende zu, stürzen ganze Bauernfamilien in die Armut und ins gesellschaftliche Abseits und zwingen sie schließlich zur Abwanderung. Dieser Verelendungsprozess birgt große Gefahren für die Menschheit und den Planeten Erde.

Wie in den 1995 in Marrakesch unterzeichneten Abkommen vorgesehen, fördern internationale Solidaritätsvereinigungen eine Bilanz über die Auswirkungen der 10-jährigen Privatisierung auf Gesellschaft und Umwelt und eine Beurteilung der Ergebnisse dieses Privatisierungsprozesses auf den Gesundheitszustand der Landwirtschaft auf

weltweiter Ebene. Wir fordern, dass diese Bilanz gegensätzliche Meinungen widerspiegelt und von unabhängigen Teams erstellt wird. Schließlich fordern wir, dass diese Bilanz in jedem Land mit den Organisationen der Zivilgesellschaft (Bauernverbände, Verbraucher-, Umwelt- und Hilfsorganisationen) durchgesprochen wird.

Die Beobachtung der Tatsachen und die mit den Bauernorganisationen geführten Gespräche führen uns zu dem Schluss, dass wir eine vollständige Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik fördern müssen, einschließlich derjenigen der entwickelten Länder, und zwar nach folgenden sechs Grundsätzen:

- Es müssen neue internationale Austauschmechanismen und neue Vereinbarungen zur Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Produkte gefunden werden. Wir schlagen insbesondere vor, Mechanismen zu schaffen, die einen größeren Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage von Landwirtschaftsprodukten und Lebensmitteln, eine Stützung des Konsolidierungsprozesses, einen Schutz der regionalen Wirtschaftsräume und eine Ermutigung zur Vereinbarung interregionaler Handelsabkommen bewirken.
- Es muss ein Recht auf Lebensmittelhoheit auf nationaler Ebene oder per Übertragung auf regionaler Ebene anerkannt werden.
- Sämtliche Dumping-Praktiken müssen sofort beendet werden.
- Die Vielfalt von Bodenbewirtschaftungsformen und agrarökologischer Praktiken ist zu fördern.
- Der Zugang zu den Bodenbewirtschaftungsmitteln für Bauern - Boden, Wasser, Kredite, Saatgut - muss erleichtert werden.
- Eine besondere Aufmerksamkeit ist auf die armen Verbraucher zu richten, insbesondere städtische, denen ein Anstieg der Lebensmittelpreise zu schaffen machen könnte.

C) Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Die Bereitstellung der Mittel ist für jeden Entwicklungsprozess, für jeden gesellschaftlichen Wandlungsprozess eine notwendige, wesentliche Voraussetzung: Bereitstellung menschlicher Ressourcen, durch die Arbeit von Frauen und Männern, ihre Qualifizierung und ihren Einsatz, Bereitstellung geistiger, kultureller und wissenschaftlicher Ressourcen, Erfahrungen und Kenntnissen. Aber auch und vor allem Bereitstellung von Geldmitteln.

Bei dieser Bereitstellung von Geldmitteln geht es vor allem um das Bereitstellen interner Mittel, öffentlicher oder privater, in jedem Land und in jeder Region. Sie setzt das Vorhandensein von ebenso wirkungsvoll wie gerecht arbeitenden Bank- und Steuersystemen voraus, die gegen Hinterziehung und Vereinnahmung durch Dritte gewappnet sind. Die Partner unserer Vereinigungen haben anhand der auf Gegenseitigkeit beruhenden Systeme von Volks- oder Mikrokrediten gemachten Erfahrungen gezeigt, dass das Verfügbarmachen von in das Produktionssystem einfließendem und den Ärmsten zufließendem Kapital möglich ist. Aber jenseits dieser Binnenfinanzierung der Entwicklung

macht der Kampf gegen das Nord-Süd-Gefälle, für die Einhaltung der internationalen Vereinbarungen zur Armutsbekämpfung und für eine nachhaltige Entwicklung die Schaffung eines weltweiten Raums der Solidarität und die Bereitstellung internationaler Geldmittel notwendig.

In der Jahrtausend-Erklärung vom September 2000 haben sich die zur Hauptversammlung der Vereinten Nationen zusammengetretenen Staats- und Regierungschefs insbesondere dazu verpflichtet,

- den Anteil der Weltbevölkerung mit einem Einkommen von weniger als einem US-Dollar pro Tag und der hungernden Menschen bis 2015 um die Hälfte zu reduzieren
- den Anteil der Personen ohne Zugang zu Trinkwasser und ohne Möglichkeit, sich damit zu versorgen, bis zum selben Zeitpunkt um die Hälfte zu reduzieren
- Kindern überall in der Welt die Möglichkeit einer vollständigen Grundschulausbildung zu geben
- die Müttersterblichkeit um drei Viertel und die Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren um zwei Drittel zu senken.

Die Länder des Südens verfügen heute nicht einmal über die nötigsten Mittel, um diese als Minimum zu betrachtenden Ziele zu erreichen.

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen zur Finanzierung der Entwicklung, die im März 2002 in Monterrey (Mexiko) getagt hat, ist kein wirklicher Durchbruch zustande gekommen. Die auch "Konsens von Monterrey" genannte Schlusserklärung ist kaum mehr als ein Katalog wohlmeinender Absichten. Der Text zeichnet ein idyllisches Bild von der Rolle der Märkte, der privaten Kapitalbewegungen oder der Handelsliberalisierung. Er schließt so jede Analyse der neuesten Finanzkrisen aus und skizziert keinerlei Vorgaben für eine Reform der internationalen Finanzinstitute. Und obwohl ganz offensichtlich die Initiative für die "hochverschuldeten armen Länder" (HIPC) diese Länder nicht wirklich von der Schuldenlast wird befreien können, spricht der Konsens von keiner neuen Maßnahme. Schließlich hat Ende August 2002 die Konferenz von Johannesburg über die nachhaltige Entwicklung erneut den Privatsektor in seiner zentralen Rolle bestätigt, ohne dass die Industrieländer neue Maßnahmen zur Finanzierung ihrer internationalen Verpflichtungen ergreifen. Die zur Debatte stehenden Beträge liegen indes nicht außerhalb des Machbaren. Die zusätzlichen Kosten für die Gewährleistung und die Aufrechterhaltung eines universellen Zugangs zu den Kernbereichen sozialer Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Zugang zu Trinkwasser und Abwasserreinigung, gynäkologische und geburtshelferische Versorgung...) schätzen die internationalen Institutionen allgemein auf ungefähr 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr, das heißt, auf einen siebenfach geringeren Jahresbetrag als den, der von den Ländern der OECD zur Subventionierung der Landwirtschaft ausgegeben wird.

D) Neue Finanzierungsquellen und Regulierung des internationalen Finanzsystems

Eine bessere weltweite Umverteilung ist notwendig, um allen Ländern den Zugang zur Finanzierung ihrer Entwicklung zu

gewährleisten und einen weltweiten Solidaritätsraum zu schaffen.

Um diese Umverteilung effektiv zu machen, fordern wir:

- die Schaffung oder Wiedereinführung von Mechanismen zur Kontrolle der internationalen Kapitalbewegungen, besonders die Aufhebung des Bankgeheimnisses und die Abschaffung von Steuerparadiesen
- die Einführung einer Besteuerung internationaler Devisentransaktionen (vom Typ der Tobin-Steuer), von Kapitalbewegungen und Profiten multinationaler Firmen sowie internationale Öko-Steuern (vor allen Dingen auf Kohlendioxid-Emissionen) können Instrumente zur Regulierung des Finanzsystems sein, aber sie können auch Finanzkrisen verhindern und den Ausstoß an Treibhausgasen und anderen Umweltverschmutzungen mindern
- Diese neuen Ressourcen sollten der staatlichen Entwicklungshilfe hinzugefügt werden. Sie könnten hier für den Schutz und die Schaffung "internationaler öffentlicher Güter" verwendet werden, die aufgrund ihrer weltweiten Bedeutung internationale Mechanismen der Absprache, der Regulierung und Finanzierung nötig machen. In den Ländern des Südens könnten sie wirtschaftliche, soziale und ökologische Projekte finanzieren, die nicht unter die staatliche Entwicklungshilfe fallen.
- Frankreich muss zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, um seinen finanziellen Verpflichtungen im Rahmen internationaler Umweltabkommen nachzukommen. Solcherlei Verpflichtungen wurden an verschiedener Stelle eingegangen, sie unterliegen jedoch nur selten einem genauen Zeitplan; auch wurden keine Garantien gegeben, dass diese neuen Finanzquellen nicht einfach die staatliche Entwicklungshilfe ersetzen.
- Garantien sind nötig, damit zukünftige Finanzierungen zu zufriedenstellenden Bedingungen verwendet werden und der nachhaltigen Entwicklung zukommen. Dies macht mehr Transparenz nötig, einerseits seitens der Geber-, andererseits auch seitens der Empfängerländer:
Demokratische Kontrolle, vor allen Dingen durch Parlamentsabgeordnete und die Mitsprache der Zivilgesellschaft im Entwicklungsprozess. Kreditanstalten und der Kreditanstalt für Wiederaufbau muss die Vergabe von Garantien auf unproduktive oder der Entwicklung entgegenlaufende Investitionen (z.B. Rüstung) untersagt werden.

E) Annulierung der Schulden

Vier Jahre nach der weltweit von über 24 Millionen Menschen unterstützten Kampagne "Erlassjahr 2000" für die Annulierung der Schulden der armen Länder hat sich die Situation nur wenig verändert. Die Verschuldung bleibt eines der Hauptentwicklungshemmnisse der Länder des Südens, da sie diesen die zur Befriedigung der Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung nötigen Ressourcen verwehrt.

Trotz spektakulärer Ankündigungen ist die Initiative zur Senkung der Schuldenlast der hoch verschuldeten armen Länder (HIPC Initiative for Heavily In-depted Poor Countries) der G8-Länder unzulänglich. Einerseits bleiben viele Länder von dieser Initiative ausgeschlossen, andererseits erlauben die Schuldenerleichterungen den teilnehmenden Ländern auch nicht, der Überverschuldung zu entkommen. Die Initiative bricht nicht mit der bisher

geltenden Logik, die die Schuldenrückzahlung über die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung stellt. Wir vertreten einen Ansatz der Verträglichkeit der Schuldenlast, der von den Finanzierungsbedürfnissen eines Landes hinsichtlich der Entwicklung der Menschen ausgeht. Diesem Ansatz liegt das Prinzip zugrunde, dass die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung unantastbar ist.

Darum fordern wir:

- den Zugang zum Schuldenerleichterungsprogramm für alle Länder.
- den völligen Erlass der Schulden der hochverschuldeten armen Länder (HIPC).
- ein größeres Engagement der internationalen Finanzinstitutionen, die nach Ablauf des aktuellen Programms die größten Gläubiger der hoch verschuldeten armen Länder sind.

Die Krise in Argentinien hat uns daran erinnert, dass die Verschuldung auch ein sehr wichtiger Faktor wirtschaftlicher Destabilisierung ist. Wenngleich das Problem struktureller Natur ist, steht die klare Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen den Schuldnern und den Gläubigern immer noch nicht auf der Tagesordnung. Der Verzicht des IWF auf einen Mechanismus der Umstrukturierung der Staatsschuld sollte dazu veranlassen, die Frage erneut im Lichte alternativer Vorschläge der Zivilgesellschaft zu erörtern.

Wir vertreten die Einführung eines gerechten und transparenten Schiedsgerichtes mit folgenden Leitprinzipien:

- ein globaler Prozess, der allen Ländern offen steht.
- ein ganzheitlicher Ansatz, der alle Schulden berücksichtigt.
- die Unabhängigkeit der Schiedsinstanz.
- das Prinzip, dass der Respekt vor den Grundrechten der Menschen und die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung Vorrang genießt.
- Transparenz und die Beteiligung aller Betroffenen, vor allen Dingen auch zivilgesellschaftlicher Initiativen der betroffenen Länder selbst.

F) AIDS erfordert eine andere Politik internationaler Solidarität

Weltweit sind mehr als 40 Millionen Menschen an AIDS erkrankt. 95% davon haben keinen Zugang zu medizinischer Behandlung und sind damit zum Tode verurteilt. Die Folgen der Epidemie kommen einer nie da gewesenen Katastrophe für die Entwicklungsländer gleich: Rückgang der Lebenserwartung, Zerfall der Familienstrukturen, Verschlechterung der landwirtschaftlich genutzten Böden und Verschärfung des Problems der Unterernährung, Verschlechterung der Bildungssysteme und der gesundheitlichen Situation. AIDS betrifft in erster Linie die schwächsten Bevölkerungsgruppen, vor allen Dingen Frauen. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krankheit führen zu einer Verarmung der gesamten Gesellschaft, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich.

Die Ausmaße der Katastrophe verdeutlichen das Scheitern und die Unangemessenheit der durch die reichen Länder vorgegebenen Entwicklungspolitik ebenso wie deren

Verantwortung für diese Entwicklung. Die Explosion der Außenverschuldung, die Strukturanpassungspolitik des IWF und der Weltbank sowie die massiven Privatisierungen von Gesundheits- und Bildungssystemen haben der Epidemie das Feld geebnet. Auf diese wirtschaftlichen Denkweise ist auch die fast 20-jährige Weigerung, den armen Ländern den Zugang zu Aids-Medikamenten zu erleichtern, zurückzuführen. Diese Logik ist es auch, die dafür verantwortlich ist, dass das Gesundheitssystem immer weniger für die zunehmenden chronischen Erkrankungen (Krebs, Diabetes, Herz-Kreislauferkrankungen, Hepatitis usw.) aufkommen kann, die jedoch ohne Behandlung tödlich sind.

Trotz wiederholten Beteuerungen nationaler und internationaler politischer Führer in den Medien ist die Diskrepanz zwischen den zur Schau getragenen Absichten und der tatsächlich geführten Entwicklungs- und Anti-AIDS-Politik erschreckend: Die Mitgliedsstaaten der OSZE hatten sich bereits 1972 darauf geeinigt, 0,7% des BIP für Entwicklungshilfe zu verwenden, doch sind sie weit davon entfernt, dies auch tatsächlich zu tun. Die 10 Milliarden US-Dollar pro Jahr, die 2001 für den Kampf gegen AIDS zugesagt wurden, sind immer noch nicht bereitgestellt. Die in den internationalen AIDS-, Malaria- und Tuberkulosefonds eingezahlten Summen ermöglichen lediglich die Behandlung von 500.000 Menschen, während 10 Millionen HIV-Positiver schon heute eine Tripeltherapie benötigen.

Der quantitativ beschränkten Entwicklungshilfe liegt zudem die Übertragung von wirtschaftlichen Modellen der industrialisierten Länder auf die Entwicklungsländer zugrunde, unter völliger Ausblendung der Bedürfnisse und der Mitsprache der betroffenen Bevölkerung. Dieses Paradigma muss umgekehrt werden, indem eine Politik langfristiger Hilfe eingeführt wird und die der Entwicklungspolitik zur Verfügung gestellten Summen konsequent erhöht werden. Zudem müssen Entwicklungsprogramme in Zusammenarbeit mit den Beteiligten der betroffenen Länder erarbeitet werden.

Wenn man heute im Kampf gegen die AIDS-Epidemie die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, wenn man es den Ländern freistellt, die lokal jeweils wirksamsten Maßnahmen zum Schutz ihrer Bevölkerung zu ergreifen, wenn den Gemeinschaften ermöglicht wird, ihre Rechte einzufordern und von ihren Regierungen eine angemessene Politik zu verlangen, ist das nicht nur eine gesundheitspolitische Notwendigkeit, sondern es muss auch die Basis sein für neue Beziehungen zwischen reichen und armen Ländern.

Wir fordern von Jacques Chirac, sich jetzt zu verpflichten, seiner Ankündigung letzten Jahres in Johannesburg nachzukommen und 0,7% des BIP der Entwicklungshilfe zu widmen. Eingedenk der Frankreich zur Verfügung stehenden Mittel und der 2001 auf dem Gipfel in Genua eingegangenen Verpflichtungen fordern wir auch, 1 Milliarde Euro für den Kampf gegen AIDS zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren fordern wir den französischen Präsidenten auf, sich gegenüber den G8-Staaten, die sich im Juni unter seiner Schirmherrschaft versammeln, für folgende Ziele einzusetzen:

- allen Ländern Zugang zu den nötigen Behandlungs- und Vorbeugungsmitteln zu verschaffen.
- auf eine unentgeltliche Behandlung chronisch Kranker hinzuarbeiten.

- der Bevölkerung armer Länder therapeutische Innovationen zugänglich zu machen.
- den Entwicklungsländern die Herstellung, den Export und Import von Generika zuzugestehen.

G) Wasser für alle

Noch heute sind 1,5 Milliarden Menschen auf der Welt ohne Zugang zu Trinkwasser. Fast 2,5 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Sanitäreinrichtungen. Gemäß der WHO sterben jeden Tag 30.000 Menschen, darunter 6.000 Kinder, an verschmutztem Wasser.

Die ungleiche Verteilung des Wassers ist die am wenigsten akzeptable Ungerechtigkeit bei der Aufteilung der Reichtümer unserer Erde.

Die Wasser-Ressourcen werden zunehmend durch übermäßigen Verbrauch und Verschmutzung gefährdet. Unter dem Druck der demographischen Entwicklung schreitet die Verknappung fort. Die größten Gefahren können jedoch noch kommen: mit Wasser verbundene Konflikte, zu geringes Engagement der Länder mit hohem Einkommen, zusätzliche Verschuldung der ärmsten Länder, um Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen zu erhalten, Verunreinigung, Erwärmung des Planeten und Ausweitung der Trockengebiete.

Es ist inakzeptabel, dass ein Drittel der Weltbevölkerung noch weitere Jahrzehnte ohne Zugang zu Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen bleibt.

Wasser kann dazu beitragen, neue Reichtümer durch landwirtschaftliche Produktion zu schaffen und gleichzeitig die Nahrungssicherheit zu verstärken. Die Qualität des Trinkwassers ist ausschlaggebend, um die Gesundheit der Bevölkerungen auf einem hohen Niveau zu halten. Wasser trägt zur Regenerierung der Umwelt bei. Es ist ein Bereich, in dem Unternehmen und lokale Gemeinschaften Arbeitsplätze schaffen können.

Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Comitee on Economic, Social and Cultural Rights) erkannte im November 2002 an, dass der Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen einem Grundrecht der Menschen entspricht. Dieses Recht muss dringend erreicht und durch die Staaten, die Vereinten Nationen, die internationalen Finanzinstitute und die Welthandelsorganisation anerkannt werden.

Wir fordern deutlich weitreichendere und schnellere Aktionen von der internationalen Gemeinschaft, damit alle Menschen Zugang zu Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen haben.

Wir erinnern an unsere Überzeugung für die Anerkennung des Rechts auf Wasser für alle und bestätigen einige Prinzipien und Vorschläge:

1. Jedes Projekt für Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen muss auf die Initiative und die Verantwortung der Bevölkerung, mit all ihren Bestandteilen, vor allem Frauen und Minderheiten, begründet werden.

2. Das Recht auf Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen ist untrennbar von den anderen Menschenrechten, vor allem vom Recht auf Leben in Frieden und Sicherheit. Demokratie, Recht auf Information und Respekt der Grundrechte der Menschen müssen mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft von jedem Staat garantiert werden. Dies muss in den Verfassungen der Staaten festgeschrieben werden.
3. Der Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen muss durch demokratische Prozesse Teil der öffentlichen Politik werden. Sie muss den Schutz der Wasser-Ressourcen sicherstellen, den Kampf gegen die Verschmutzung, die Verwaltung des Wassers nach Versorgungsbecken, die Umsetzung der Wassergesetze, die Kontrolle der Märkte und Preise des Wassers, lokale finanzielle Zuschüsse je nach Einkommensniveau, die Kostenübernahme für ein dauerhaftes Funktionieren der Anlagen, die Planung von künftigen Einrichtungen, bei denen die Einrichtungen für die schwächsten Personen Priorität besitzen.
4. Das Wasser ist keine Ware, sondern ein Gemeingut der Menschheit, das als solches geschützt, verteidigt und verwaltet werden muss. Bildungs- und Sensibilisierungsprogramme zum Umgang mit der Ressource und Aufklärungsprogramme zu Hygiene und Gesundheit im Zusammenhang mit Wasser müssen entwickelt werden.
5. Die Projekte für einen Wasserzugang müssen durch die Einrichtung von Sanitäreinrichtungen vervollständigt werden. Die Einrichtungen werden durch einen ökonomischen Verbrauch der Ressource optimiert. Die Verunreinigungen können vor allem durch die Einrichtung getrennter Netze (Trinkwasser/Brauchwasser) verhindert werden. Die ländlichen Gemeinden werden darin bestärkt, sich in Gruppen zu organisieren, um die Kosten der Wartung, der Instandhaltung und der Ausbildung der Techniker gemeinsam zu tragen. Auf diese Weise werden Arbeitsplätze geschaffen.
6. Das Wasser muss geschützt werden, es muss Bestandteil einer nachhaltigen qualitativen und quantitativen Verwaltung sein.

Bei der Nutzung des Wassers durch die Landwirtschaft (heute auf 70% des weltweiten Verbrauchs geschätzt) muss darauf geachtet werden, dass die Nahrungssicherheit der Bevölkerung gewährleistet ist. Konkret geschieht dies durch die Aufgabe verschmutzender und verschwenderischer Produktionsmodelle zugunsten traditioneller Anbauformen und vor allem dadurch, dass der Zugang zu der Ressource Wasser für Kleinproduzenten sichergestellt wird. Die Industrie ist ebenfalls großer Verbraucher von Süßwasser (20% des weltweiten Verbrauchs). Die Abfälle des Agrar- und Industriesektors stellen eine große Gefahr für das ökologische Gleichgewicht dar. Die Kontrolle der Wasserverschmutzungen ist dringend notwendig. Es müssen Umweltschutzregelungen ausgearbeitet werden, um vor allem die industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsformen zu kontrollieren. Es muss garantiert werden, dass alle Wasser-Nutzer diese Regelungen

einhalten. Festgestellte Verstöße müssen sanktioniert werden.

Die Anwendung des Prinzips "Wer verschmutzt, zahlt" darf nicht zu einer Verschmutzungserlaubnis führen, sondern soll vor Verschmutzungen abschrecken.

7. Neue Ressourcen zur Finanzierung von Anlagen und Dienstleistungen müssen freigesetzt werden. Dafür müssen die Mechanismen der internationalen Solidarität und Kooperation gestärkt werden, vor allem durch die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe, durch die Annullierung der Schulden und die Verabschiedung von finanzpolitischen Maßnahmen wie die Besteuerung von Finanztransaktionen (Tobin-Steuer). Vorschläge wie die Berechnung eines zusätzlichen Cents pro Kubikmeter in den reichen Ländern zugunsten von Wasserprojekten in den armen Ländern müssen in Betracht gezogen werden.
8. Im Rahmen der internationalen Handelsverhandlungen drängen die Europäische Union und Frankreich auf eine Aufnahme der Wasserdienstleistungen in das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS). Die Eingliederung der Wasserdienstleistungen in das GATS bedeutet die Öffnung der nationalen Märkte für ausländische Unternehmen, und somit müssen die nationalen Unternehmen mit den multinationalen in Konkurrenz treten. Die Regeln des Handels haben laut der WTO Vorrang vor allen sozialen oder Umweltschutzregelungen. Damit werden die Rechte der einzelnen Regierungen, den Zugang zu Wasser durch politische Maßnahmen zu regeln, ihren Bürgern den Zugang zu Wasser zu gewährleisten und eine gerechte und vertretbare Verwaltung der Ressourcen zu fördern, stark beschnitten werden. Wasser- und Sanitäreinrichtungen müssen aus dem GATS ausgenommen werden.
9. Die Verwaltung der Wasserdienstleistungen durch transnationale Unternehmen zeichnet sich häufig durch eine Preiserhöhung der Dienstleistungen für die Nutzer aus, ohne dass die Qualität des Wassers sich verbessert hätte. Die privaten Unternehmen folgen einer Rentabilitätsideologie und garantieren nicht den Zugang zu Wasser für alle, und oft finden sich die Ärmsten vollständig ausgeschlossen. Die Gewinne der privaten Unternehmen müssen daher begrenzt werden, wenn sie in so elementaren Bereichen wie dem Trinkwasser tätig sind. Die Dienstleistungen im Bereich Wasser und Sanitäreinrichtungen müssen unter öffentlicher und demokratischer Kontrolle bleiben. Der Wasserpreis darf nicht nach dem Unternehmensgewinn berechnet werden und darf keiner Bindung an die nationale Währung unterworfen werden. Der Preis dieser wichtigen Dienstleistung kann nicht durch Marktgesetze festgelegt werden.
10. Es ist notwendig, dass im Rahmen der Vereinten Nationen Verhandlungen aufgenommen werden, um ein internationales Recht zur internationalen und regionalen Wasserverwaltung zu entwickeln, damit Wasser keine Quelle von Konflikten zwischen Staaten oder anderen Gemeinschaften wird.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Globalisierung wachsen Einfluss und Macht multinationaler Unternehmen unaufhörlich weiter. Die Unternehmen, ihre Filialen und Subunternehmer für die sozioökologischen Folgen ihrer Tätigkeiten in allen Ländern in die volle Verantwortung zu nehmen, ist zu einem Hauptanliegen geworden. Die an Bodenschätzen reichsten Länder sind häufig jene, in denen die Bevölkerungen zu den ärmsten gehören. Die Erdölfirmen überweisen jährlich Milliarden Euro an zahlreiche Entwicklungsländer; dennoch profitieren deren Bevölkerungen nur selten von dieser finanziellen Gabe. Wer profitiert also dann von der Ausbeutung dieser Bodenschätze?

In den aktuellen Nachrichten zeigt man, dass die Multinationals sich Briefkastenfirmen, Ketten von Verträgen und Subunternehmer zu Nutzen machen, um ihre Verantwortung zu minimieren. Der produzierte Reichtum wird umgeleitet, die sozialen (Entlassungen, Arbeitsunfälle) und ökologischen (Verschmutzungen) Schäden werden ignoriert.

Die freiwilligen Initiativen (Verhaltenskodex, Ethik-Charta) werden immer mehr, aber auch die in den Ländern des Südens verursachten Schäden häufen sich weiterhin: Finanzielle Unterstützung von Diktaturen, Umweltverschmutzung etc. Die Initiativen beschränken sich häufig auf einfachste Kommunikationsübungen.

Da die großen Multinationals mächtiger geworden sind als viele Staaten, ist es heute unerlässlich, die Unternehmen zwingenden juristischen Regelungen zu unterwerfen. "Die soziale, ökologische und ethische Verantwortung der Unternehmen geht mit ihrer wirtschaftlichen Verantwortung einher", bestätigte kürzlich der Präsident Frankreichs. Wir fordern von den Staats- und Regierungschefs der G8, Verhandlungen zur Schaffung eines internationalen, rechtlich zwingenden Instruments unter Schirmherrschaft der

Vereinten Nationen aufzunehmen, das die sozialen und ökologischen Verantwortungen der Unternehmen regelt.

H) Kontrolle der Waffenhandels

Millionen von Waffen sind auf der Welt in Umlauf. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben sie Konflikte genährt und die Zahl der Opfer, vor allem Frauen und Kinder, vervielfacht. Noch heute schüren sie weiterhin etwa zwanzig Konflikte. Gleichgültig, ob diese Waffen offiziell von den Herstellerländern exportiert werden oder über Umwege durch Vermittler, sie unterliegen nur unzureichenden Kontrollen, weil die jeweiligen nationalen Gesetze immer noch nicht streng genug sind.

Während des letzten Jahrzehnts haben Bürgerkampagnen eine gewisse Sensibilisierung und kleine Fortschritte gegen die zunehmende Verbreitung von Waffen geschafft. Im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union wurden einige politische Initiativen in diese Richtung unternommen. Diese Maßnahmen bleiben jedoch begrenzt und sind vor allem juristisch nicht verbindlich.

Jetzt muss eine neue Etappe eingeleitet werden. Die Exportländer müssen rechtsverbindliche Instrumente schaffen, damit die Waffenlieferungen in Länder, in denen sie zu Menschenrechtsverletzungen oder Verletzungen internationaler humanitärer Rechte führen können, aufhören. Sie müssen sich für die Einrichtung einer unerlässlichen internationalen Regelung zur Kontrolle der Waffenlieferungen einsetzen.

Kontakt für diesen Artikel: www.g8-autremonde.org

ÜbersetzerInnen: Marietta Winkler; Angelika Gross; Annette Heiss; Olaf Bruns

Lektorat: Hildegard Tischer

Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coordinat@attac.org
Sig23mdv

Buchempfehlung

Robert Brenner: Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft. Thomas Sablowski (wissenschaftlicher Beirat bei Attac, Berlin)

Durchgesehene deutsche Ausgabe mit einer neuen Einführung des Verfassers. Aus dem amerikanischen Englisch übertragen und mit einem Nachwort versehen von Frieder Otto Wolf. VSA-Verlag, Hamburg, 2002. ISBN 3-87975-886-7

Die gegenwärtige Situation stellt gewaltige Herausforderungen an die globalisierungskritische Bewegung: Waren die 1990er Jahre bereits durch eine Zunahme von Finanzkrisen in den so genannten „Schwellenländern“ und die anhaltende Deflation in Japan gekennzeichnet, so ist es wohl nicht übertrieben zu sagen, dass die Weltwirtschaft insgesamt heute am Rande eines Abgrunds steht. Selbst der IWF warnt in einer neuen Studie vor dem Szenario einer globalen Deflation. Die sozialen Verwerfungen, die eine anhaltende Krise gepaart mit weiter steigender Massenarbeitslosigkeit und verschärftem Sozialabbau mit

sich bringt, liegen auf der Hand. Gleichzeitig erleben wir den Übergang zu einer auf Dauer gestellten Kriegspolitik, die primär von der US-amerikanischen Regierung vorangetrieben wird.

Eine realistische Einschätzung dieser Prozesse ist dringend notwendig, um strategische Fehler zu vermeiden. Dabei stellen sich jedoch eine Reihe von grundlegenden Fragen: Wie sind die Chancen für eine mittelfristige Regenerierung des Kapitalismus einzuschätzen? Handelt es sich gegenwärtig doch nur um eine Konjunkturkrise, die bald vorüber ist? Könnte es nicht sein, dass wir nach der Überwindung der Krise doch noch den Übergang zu einer „New Economy“ erleben, zu einem länger anhaltenden Aufschwung der Kapitalakkumulation auf der Basis der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien? Oder ist es wahrscheinlicher, dass der seit den 1970er Jahren zu beobachtende Rückgang der Wachstumsraten anhält, dass Verteilungs-

konflikte sich weiter verschärfen und der Auflösungsprozess sozialstaatlicher und demokratischer Regulierungsmuster voranschreitet? Ist eine Reformpolitik, die auf eine „Bändigung“ und „Zivilisierung“ des Kapitalismus zielt, noch realistisch, oder ist es nicht notwendig, die Frage einer alternativen Produktionsweise wieder auf die Tagesordnung zu setzen?

Und bezogen auf die gegenwärtige Kriegspolitik und den neuen Militarismus: Wie sind die Widersprüche einzuschätzen, die zwischen den kapitalistischen Zentren im Vorfeld des Irakkrieges deutlich wurden? Zeichnet sich eine Rückkehr zum traditionellen Imperialismus ab, bei dem die ökonomischen Interessen von Nationalstaaten oder regionalen Wirtschaftsblöcken bezüglich der Sicherung von Rohstoffen, Absatzmärkten und Kapitalanlagesphären aufeinanderprallen? Oder haben wir es mit einer neuen Form von Weltinnenpolitik zu tun, mit den Konturen eines globalen „Empire“ unter der Führung des „Weltpolizisten“ USA? Kann man noch von einer Hegemonie der USA sprechen, oder handelt es sich um eine im Niedergang begriffene Weltmacht, die ihren ökonomischen Abstieg militärisch zu kompensieren versucht?

Robert Brenners Buch „Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft“ ist ein wichtiger Beitrag zur Diskussion dieser Fragen. Wie der Titel signalisiert, ist der Gegenstand des Buches im Kern der außergewöhnliche Konjunkturzyklus der 1990er Jahre in den USA, der mit relativ hohen Wachstumsraten Anlass zu der Diskussion über eine „New Economy“ gegeben hat, der mit der enormen spekulativen Blase an den Aktienmärkten verbunden war und schließlich in dem bis heute andauernden Konjunkturreinbruch mündete. Es handelt sich jedoch nicht nur um eine Abhandlung über die US-Wirtschaft der 1990er Jahre, sondern auch um eine Darstellung der Entwicklungsdynamik der Weltwirtschaft seit dem 2. Weltkrieg. Denn Brenner geht von der Grundannahme aus, dass die Entwicklung der USA nur im Kontext der Weltwirtschaft insgesamt verstanden werden kann und dass konjunkturelle Bewegungen wie die der 1990er Jahre vor dem Hintergrund längerfristig wirksamer, struktureller Entwicklungstendenzen analysiert werden müssen.

Ins Zentrum seiner Erklärung der weltwirtschaftlichen Dynamik stellt Brenner – sehr verkürzt gesagt – die Verschärfung der globalen Konkurrenz durch die nachholende Industrialisierung zunächst Japans und Westeuropas, dann der ostasiatischen „Schwellenländer“, die zum Aufbau von Überkapazitäten in der verarbeitenden Industrie und damit zum Sinken der Profitraten geführt habe. Die anhaltende Stagnationstendenz führt Brenner darauf zurück, dass die Entwertung von Kapital und damit der Abbau der Überkapazitäten blockiert sei. (Dies hat Brenner in einer Abhandlung in der Zeitschrift *New Left Review* 1998 deutlicher ausgeführt als in seinem neuen Buch.) In dem Maße, in dem die Produzenten fixes Kapital (d.h. Kapital, das in Maschinen und Anlagen gebunden ist) besitzen, sei es für sie rational, auch mit veralteten, weniger produktiven Produktionsmethoden weiterzuproduzieren und ihren Marktanteil zu verteidigen, solange sie noch den Durchschnittsprofit auf ihr zirkulierendes Kapital (d.h. das für Rohstoffe, Vorprodukte und Löhne verauslagte Kapital) erwirtschaften. Eine Verdrängung und Marktberreinigung könne nur um den Preis einer sinkenden Durchschnittsprofitrate stattfinden. Die großen Verschiebungen der

Währungsrelationen nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems erscheinen dann jeweils als Wendepunkte, an denen die Export- und Wachstumschancen neu verteilt werden, so dass eine Volkswirtschaft oder Triadenregion auf Kosten der anderen das Problem der Überkapazitäten zeitweise für sich entschärfen kann.

Den Ausgangspunkt für den US-amerikanischen Boom der 90er Jahre sieht Brenner in der Wiederherstellung der Profitabilität des Industriekapitals. Durch den „monetaristischen Schock“ Ende der 70er Jahre, die Hochzinspolitik unter dem damaligen Zentralbankchef Paul Volcker und Präsident Ronald Reagan wurde zunächst die Restrukturierung des Industriekapitals auf Kosten der Lohnabhängigen erzwungen. Die Kehrseite der Hochzinspolitik war freilich ein mit dem ansteigenden Dollar-Kurs verbundenes wachsendes US-amerikanisches Leistungsbilanzdefizit. Mit dem auf eine Abwertung des Dollars zielenden Plaza-Abkommen der G5-Staaten (USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien) von 1985, das dann tatsächlich zu einer zehnjährigen Phase der Dollarabwertung führte, wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit des US-amerikanischen Kapitals wieder hergestellt. Der exportgeleitete Boom, der dadurch ermöglicht wurde, ging jedoch insbesondere auf Kosten Japans, so wie sich der japanische Exporterfolg in den 80er Jahren auf Kosten der US-amerikanischen Produzenten entwickelt hatte. 1995 sahen sich die USA – die mexikanische Pesokrise vor Augen – zu einer Rettungsaktion zugunsten Japans gezwungen. Mit dem „umgekehrten Plaza-Abkommen“ wurde nun ein höherer Dollarkurs durchgesetzt, der die japanische und die deutsche Exportwirtschaft begünstigte.

Obwohl die US-amerikanische Exportindustrie durch die erneute Dollaraufwertung wieder in Schwierigkeiten geriet, hielt der Boom in den USA an. Der hohe Dollarkurs sorgte nämlich nun für einen enormen Kapitalzufluss in den USA, der ein kreditfinanziertes, binnenmarktzentriertes Wachstum ermöglichte. Die USA erwiesen sich nicht zuletzt auch als sicherer Hafen für das Kapital, das infolge der Krisen in Ostasien, Brasilien und Russland 1997/98 dort abgezogen wurde. Der Boom wurde begleitet von einer außergewöhnlichen Hausse der Aktienpreise, die auch dann noch anhielt, als die Profitrate in den USA schon wieder zu sinken begann. Dabei spielte auch die Geldpolitik der US-amerikanischen Zentralbank unter Alan Greenspan eine wichtige Rolle, die ein Übergreifen der Asienkrise auf die USA unterband. Eine Bankenkrise infolge des Zusammenbruchs des Hedgefonds LTCM, der sich 1998 mit Derivatgeschäften in Russland verspekuliert hatte, wurde entschlossen verhindert, indem die *Federal Reserve* einige Großbanken zu einer konzertierten Rettungsaktion bewegte und als *Lender of last resort* für ausreichende Liquidität sorgte. Der Kapitalzufluss in den USA und die Spekulation auf die „New Economy“ führten zu einem steilen Anstieg der Aktienkurse. Die aus den hohen Aktienkursen resultierenden Vermögensgewinne, die den Zugang zu Krediten erleichterten und so sowohl den Konsum als auch die Investitionen anregten, unterstützten zusätzlich den Boom.

Im Frühjahr 2000 platzte jedoch die spekulative Blase, die sich an den Aktienmärkten aufgebaut hatte. Es wurde deutlich, dass nicht zuletzt in dem zuvor gefeierten Internet- und Telekommunikationssektor erhebliche Überinvestitionen stattgefunden hatten. Eine abwärts gerichtete Bewegung wurde nun in Gang gesetzt. In historischer Perspektive zeigt

sich, dass der Boom der 90er Jahre zwar ein höheres Wachstum mit sich brachte als in den 80er Jahren, dass er jedoch im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren keineswegs außergewöhnlich war. Von einer nachhaltigen Überwindung der Konjunkturzyklen und der Stagnationstendenz durch eine „New Economy“ kann jedenfalls nach Brenners Analyse keine Rede sein. Vielmehr droht in den USA erneut eine langanhaltende Krise ähnlich wie in Japan. Das Problem der Überkapazitäten und der rückläufigen Profitabilität, das am Anfang des „long downturn“ der 70er und 80er Jahre stand, ist wieder aktuell.

Das Verdienst von Brenners Analyse, die hier natürlich nur in äußerst verkürzter Form skizziert werden kann, liegt vor allem darin, dass er mit konkretem Datenmaterial und sehr plausibel – insbesondere bezogen auf das Verhältnis zwischen den USA, Japan und Deutschland – die internationalen Verflechtungen darstellt, die ein wesentliches Moment der heutigen Weltwirtschaft sind. Diese erscheint als ein Ensemble miteinander verbundener Räume, deren Geschehnisse nicht zuletzt von den Währungsrelationen abhängen. Brenners Darstellung dieser gegenseitigen Abhängigkeiten unterscheidet sich wohltuend von Beiträgen, die in undifferenzierter Weise über Globalisierung

philosophieren, ebenso wie von der Debatte über die Vor- und Nachteile der Regulierungsformen einzelner Nationalstaaten, in der diese mehr oder weniger unabhängig nebeneinander zu existieren scheinen.

Allerdings liegen auch die Grenzen von Brenners Ansatz klar auf der Hand. Er beschränkt sich weitgehend auf eine Analyse der makroökonomischen Zusammenhänge. Die sozialen Verhältnisse, die Akteure, die Institutionensysteme, die letztlich für die ökonomische Entwicklung ausschlaggebend sind, tauchen in seiner Analyse kaum auf. Damit fällt er z.B. weit hinter die Regulationstheorie und ähnliche Kapitalismusanalysen zurück. Auch die von Brenner zugrunde gelegte Krisentheorie, die im wesentlichen auf Überproduktion, andauernde Überkapazitäten und die Exportkonkurrenz in der verarbeitenden Industrie abstellt, ist zumindest einseitig. Eine Analyse der Entwicklung des Produktionsprozesses und der Arbeitsorganisation fehlt bei ihm ganz und gar. Trotz dieser Mängel ist Brenners Buch unbedingt jeder und jedem zu empfehlen, die/der eine bündige, faktenreiche Darstellung der wesentlichen Etappen der weltwirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte sucht.

Zum Buch von R. Brenner und vor allem zu der stürmischen Debatte über seine Thesen, wie sie im angelsächsischen Sprachraum seit 1998 statt findet, wird auf der Sommerakademie ein Workshop angeboten. Titel : „Keynes oder Brenner – die Debatte zur Einschätzung der Krisentendenzen der Weltwirtschaft“. Moderation: Peter Strotmann, Attac-Berlin. Samstag 2.8.2003 14.00-18.00 Uhr

240 österreichische Gemeinden fordern Stopp der GATS-Verhandlungen www.stoppgats.at

Jede zehnte Kommune fürchtet um ihre Daseinsvorsorge durch globale Liberalisierung.

Einen großen Erfolg kann die STOPP GATS-Kampagne verzeichnen: Mehr als 240 Gemeinden – das sind über 10 Prozent aller Gemeinden Österreichs – haben sich per Gemeinderatsbeschluss für einen STOPP der GATS-Verhandlungen ausgesprochen. Grundlage dafür ist eine Musterresolution, zu deren Beschluss die Organisationen der STOPP GATS-Kampagne aufgerufen haben. Darin heißt es unter anderem: „Durch Liberalisierung und in weiterer Folge Privatisierung der Grundversorgung der Bevölkerung, die bisher von den Gemeinden in ausgezeichneter Weise erbracht werden, werden übergeordnete Ziele vernachlässigt.“

„Die kommunalen VertreterInnen haben sich mit dem GATS auseinander gesetzt und die Gefahren erkannt!“ So Veronika Litschel von der Armutskonferenz, eine der TrägerInnenorganisationen der STOPP GATS-Kampagne. „Die Proteststimmen sind eindeutig und Minister Bartenstein ist nun gefordert, diese Stimmen ernst zu nehmen! Die Forderung nach einem Stopp der Verhandlungen und verbindliche Herausnahme der öffentlichen Dienstleistungen können damit nicht mehr übergangen werden!“

Kurzfristiger Profit statt nachhaltiger Entwicklung

Die Kommunen sehen durch das GATS ihre Aufgabe und Verantwortung für die Grundversorgung, wie auch die Grundversorgung selbst in Gefahr. Im Konkreten die Versorgung mit Gesundheit, Bildung und Wasserwirtschaft, sollte diese in die Hände internationaler Konzerne fallen: „Bei der Grundversorgung müssen die Bürger einen Ansprechpartner und Verantwortliche vor Ort haben und nicht womöglich einem anonymen Konzern gegenüberstehen“, so etwa der Bürgermeister von Hallein, Dr. Christian Stöckl.

Für eine nachhaltige Entwicklung - das prioritäre Ziel in der Regionalpolitik - ist das GATS kontraproduktiv.

Förderungen zu Gunsten der Nahversorgung und der Regionalwirtschaft werden nach WTO-Recht als wettbewerbsverzerrend erachtet und widersprechen der Politik, der das GATS folgt. Auch das Mitspracherecht der Gemeinden wird extrem eingeschränkt und das, obwohl die Gemeinden die demokratische Ebene darstellen, die den BürgerInnen am nächsten ist.

Viele Beispiele bisher erfolgter Liberalisierungen endeten in einem Fiasko. Daher fordern die Gemeinden gemeinsam mit der STOPP GATS-Kampagne eine genaue Überprüfung bisher erfolgter Privatisierungen und Liberalisierungen, bevor weiterverhandelt wird. Der Bürgermeister aus Scheibbs, Ing. Leopold Gansch, meint: "Die geforderten allgemeinen Liberalisierungen sind daher nicht zielführend, sondern bedürfen einer konsequenten Prüfung aller Bereiche, die für eine Privatisierung freigegeben werden."

Die derzeitige Politik der GATS-Befürworter, den Freihandel als Lösung für alle Probleme anzusehen, widerspricht den bisher gemachten Erfahrungen. "Eines ist logisch: Bei internationalen Großkonzernen als Anbietern stehen Gewinn und nicht Fragen der Qualität der Grundversorgung oder des flächendeckenden Angebots mit gleichen Zugangsmöglichkeiten für die

Bevölkerung im Vordergrund", so Veronika Litschel abschließend.

Die STOPP GATS-Kampagne wird getragen von der Armutskonferenz, ATTAC, Greenpeace, Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB) und Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH). 50 weitere Organisationen unterstützen die Kampagne.

Die genaue Liste der Gemeinden, die bisher die Resolution beschlossen haben, sowie die Musterresolution finden Sie unter www.stoppgats.at

Rückfragehinweis:
STOPP GATS-Kampagne
Markus Stradner, Presse
Tel.: +43 (0)1 546 41-432
e-mail: presse@stoppgats.at

Auf dem Holzweg nach Cancún von Thomas Fritz

Attac Deutschland - AG Welthandel und WTO, Vorstandsmitglied BLUE 21

Auseinandersetzungen um die kommende Ministerkonferenz der WTO

Im September 2003 ist es wieder so weit. Das nächste Großereignis der internationalen Wirtschaftspolitik, die fünfte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO, wird den üblichen Wanderzirkus von Regierungsvertretern, Business-Lobbyisten, Parlamentariern und Nichtregierungsorganisationen in Bewegung setzen. Ziel diesmal: das mexikanische Cancún, mit Hotelburgen zugepflasterter Badeort auf der Halbinsel Yucatán.

Die Wächter des Multilateralismus

Worum geht's diesmal? Folgt man der Business-Lobby oder der Bundesregierung so steht nichts weniger auf dem Spiel als der Multilateralismus. Das seit dem Irak-Krieg zerrüttete transatlantische Verhältnis, der Unilateralismus der USA und zahlreiche Handelsstreitigkeiten gefährden demnach das multilaterale System. Und zwar so sehr, dass selbst neoliberale Trutzburgen wie die WTO um ihren Bestand bangen müssen. Mahnend räusperte sich daher die mächtige International Chamber of Commerce ICC anlässlich des G8-Gipfels in Evian: "Unsere wichtigste Botschaft: Jetzt, wo der Irak-Krieg vorüber ist, drängen wir die Regierungen, ihre Meinungsverschiedenheiten hinter sich zu lassen und in erneuerte multilaterale Kooperation einzutreten". Die Ministerkonferenz in Cancún müsse zu einem erfolgreichen Abschluss der aktuellen Handelsrunde beitragen.

Auch die bundesdeutschen Grünen instrumentalisieren die von ihnen attestierte "Krise multilateraler Politik" für platte Standortpolitik. In ihrem Positionspapier zu Cancún warnen sie vor einem Scheitern der WTO Konferenz in Mexiko; das wäre keine gute Nachricht, weder für den Süden noch für uns daheim. "Jeder fünfte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt vom Welthandel ab", rechnet die Öko-Partei vor und bläst zur Exportoffensive: "Verbesserungen des Marktzugangs für die export-

orientierte deutsche Wirtschaft, z.B. durch Abbau von Zöllen und die Öffnung neuer Märkte für deutsche Dienstleistungen, können erhebliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse bringen". Daher ihr leidenschaftliches Bekenntnis: "Wir wollen einen Erfolg der laufenden WTO Runde".

Durchbruch in Doha

Aber sind die von Grünen und Industrie artikulierten Sorgen überhaupt berechtigt, was die Erfolgsaussichten von Cancún angeht? Sah die Welt der Neoliberalen denn nicht sehr rosig aus, als nach dem blamablen Scheitern des WTO-Treffens von Seattle bei der Folgekonferenz in Doha 2001 die Einigung auf eine neue Handelsrunde gelang? Freudig erregt verkündete seinerzeit EU-Handelskommissar Lamy: "Vor Seattle war der Zug beinahe entgleist. Jetzt aber ist die WTO wieder zurück auf den Schienen." Auch gelang es dem gewieften Franzosen, viele Interessen des europäischen Kapitals in die euphemistisch "Doha Development Round" (DDR) getaufte Handelsrunde einzubringen. Denn neben den bereits laufenden Verhandlungen zu Landwirtschaft, Patentschutz und Dienstleistungen vereinbarte man äußerst umstrittene Vorgespräche über die sogenannten neuen Themen Investitionen, Wettbewerb und Staatsaufträge. Über deren Fortführung soll endgültig aber erst in Cancún entschieden werden. Gerade gegen die Aufnahme von Investitionsverhandlungen hatte eine Reihe von Ländern, darunter Indien, bis zuletzt heftig opponiert. Sie befürchteten eine Neuauflage des 1998 nach heftigen Protesten gescheiterten Investitionsschutzabkommens MAI.

Ohne den Einsatz drastischer Druckmittel gegenüber unwilligen Delegationen kam man aber auch in Doha nicht aus. Zahlreiche Diplomaten aus dem Süden beklagten sich über Einschüchterungsversuche der EU und der USA. Während der US-amerikanische

Repressionskatalog die Streichung von Entwicklungshilfezahlungen sowie das Führen schwarzer Listen "anti-amerikanischer Länder" umfasste, drohten Beamte der EU-Kommission missliebigen Ländern mit der Aussetzung von Handelsvergünstigungen.

Blockaden in Genf

Anfang 2002 wurde die Doha Runde offiziell eingeläutet, die äußerst optimistische Zielmarke für ihren Abschluss ist der 1. Januar 2005. Dass dieses Datum jedoch gehalten werden kann, daran mehren sich die Zweifel. Seit rund einem Jahr stocken die Verhandlungen in vielen Bereichen. So scheiterte im Dezember vergangenen Jahres eine Einigung über die Lockerung des Patentschutz-Abkommens TRIPS an der Blockade der USA. Indien, Brasilien und zahlreiche weitere Länder setzen sich für eine erleichterte Aussetzung von Patenten auf Markenmedikamente ein, sodass Zwangslizenzen nicht nur an inländische, sondern auch ausländische Hersteller günstiger Nachahmerprodukte (sogenannter Generika) vergeben werden können. Diese Forderung ist für all jene Länder überaus wichtig, die über keine eigene Pharmaindustrie verfügen und daher auf den Import von Generika angewiesen sind. Die USA wollen diese Möglichkeit aber auf Medikamente zur Behandlung lediglich dreier Krankheiten beschränken: Aids, Malaria und Tuberkulose. Den damit unzufriedenen Delegationen in Genf teilten US-Vertreter mit, sie sollten sich mit ihren Klagen doch direkt an die Pharma-Multis wenden.

Zuvor erzürnten die USA ihre Handelspartner bereits mit der einseitigen Erhöhung der Zölle auf Stahlimporte und mit der drastischen Steigerung ihrer Agrarsubventionen. Die EU allerdings verfügt mit der erfolgreichen WTO-Klage gegen Steuersubventionen für US-amerikanische Exporteure (sogenannte Foreign Sales Corporations – FSC) über ein beträchtliches Druckmittel. Sie darf nun Strafzölle auf US-Güter in Höhe von vier Mrd. US\$ jährlich erheben, die größte Schadenssumme in der bisherigen WTO-Geschichte. Die Reaktion der USA ließ nicht lang auf sich warten. Im Mai dieses Jahres beantragten sie ein Verfahren gegen das europäische de-facto Moratorium auf den Import und Anbau von gentechnisch manipulierten Organismen (GMOs). Zwar leugnete der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick jegliche Verbindung zum verlorenen FSC-Fall, allerdings wunderte sich nicht nur EU-Kommissar Lamy über die US-Motive. Denn noch in diesem Jahr steht die Annahme neuer EU-Direktiven über die Zulassung und Kennzeichnung von Genfraß an, mit denen dann auch das Moratorium beendet wird. Dessen Fall wünscht sich aber nicht nur die nordamerikanische Agrar-Lobby, sondern auch die europäische Biotech-Industrie. Für deren Interessen wiederum hat der deutsche Wirtschaftsminister Clement stets ein offenes Ohr. Entsprechend verlangte er auf seiner USA-Reise im Mai, Brüssel müsse das Gen-Moratorium "dringend aufheben".

Nichtregierungsorganisationen dagegen geißelten die US-Klage und erwarten einen weiteren Imageschaden für die WTO. "Dieser Fall wird ein erstklassiges Beispiel für die weltweite Attacke auf die Legitimität der WTO abgeben", orakelt Lori Wallach vom Verbraucherverband Public Citizen.

Fataler "trade off"

Im besonders sensiblen Agrarbereich gelang den WTO-Mitgliedern nicht einmal eine Einigung auf Verhandlungsmodalitäten, die im März dieses Jahres fällig gewesen wären. Heftigen Streit gibt es darüber, inwieweit bestimmte "strategische Produkte" durch höhere Zollschränken geschützt werden dürfen. Die Auseinandersetzungen finden zudem vor dem Hintergrund statt, dass die für Dumping-Exporte in den Süden verantwortlichen Subventionen keineswegs zurückgefahren werden. Während die US-Beihilfen mit der letztjährigen "farm bill" auf über 80 Mrd. US\$ in den kommenden Jahren steigen sollen, wird auch die am 26. Juni verkündete Reform der EU-Agrarpolitik die hiesigen Zahlungen von 43 Mrd. nicht nur bis zum Jahr 2013 fortschreiben, sondern sie zwischenzeitlich noch ansteigen lassen. Die Reform besteht im Wesentlichen darin, einen Teil der Subventionen von der Produktion zu entkoppeln und in direkte Einkommensbeihilfen an die Landwirte umzuwandeln. Damit sinkt allerdings weder das Subventionsniveau noch der Dumpingeffekt. Dennoch verkauft die EU-Kommission diese Einigung als großen Sprung nach vorn. "Eine gigantische Public Relations Kampagne kommt in Gang", so die Agrarexpertin Aileen Kwa. Sie befürchtet, dass die Kommission diese bescheidene Reform als Druckmittel in der WTO benutzen wird, und zwar nicht nur im Agrarbereich: "Der EU-Handelskommissar wird diese Gelegenheit nutzen, um auf beschleunigte Liberalisierung im Dienstleistungssektor zu drängen."

Tatsächlich sorgen sich mittlerweile immer mehr AktivistInnen über diesen fatalen Verhandlungsmechanismus. Die brasilianische Ökonomin Sandra Quintela berichtet über Kräfte in ihrem Land, die die Übernahme von Liberalisierungsverpflichtungen unter dem Dienstleistungsabkommen GATS verlangen: "Davon erhoffen sich manche erleichterten Marktzugang für brasilianische Agrarexporte in die EU." Die Folge wäre aber eine forcierte Privatisierung öffentlicher Aufgaben, die den Zugang zu Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung für marginalisierte Gruppen weiter verschlechtert. Gerade die EU richtete äußerst aggressive GATS-Forderungen zugunsten europäischer Konzerne an 109 Staaten. Diese Logik des "trade off" produziert immer Verlierer; sie nährt berechtigte Zweifel an der Reformierbarkeit der WTO.

Einbindung oder Widerstand

Das mögliche Scheitern in Cancún vor Augen blieb der WTO-Chef, der Thailänder Supachai Panitchpakdi, aber nicht untätig. Um zumindest das ramponierte Image seiner Organisation aufzupolieren, richtete er kürzlich zwei Beratungsgremien ein. In einem nehmen die Vertreter des Großkapitals Platz, das andere wurde für handverlesene Nichtregierungsorganisationen eingerichtet. Ihm gehören z.B. der Worldwide Fund for Nature WWF, das Third World Network und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften an. Dieser Vorgang hat zu heftigen Kontroversen in der NGO-Landschaft geführt. Walden Bello, Direktor von Focus on the Global South, schimpft: "Diese Idee ist nichts weiter als ein

Trojanisches Pferd, platziert mit dem Ziel unserer Spaltung und der Aufwertung einer Institution der globalen kapitalistischen Elite, die sich in einer irreversiblen Legitimitätskrise befindet." Auch käme es nicht in Betracht, sich an die Seite der Konkurrenten der USA zu stellen, um den Multilateralismus zu retten. Vielmehr solle die verschärfte inner-imperialistische Konkurrenz genutzt werden, um die Macht der WTO zu brechen. Bello fordert: "Die kollektive Aufgabe besteht darin, die Ministerkonferenz von Cancún entgleisen zu lassen."

Auf dieses gemeinsame Ziel ("Derail the Fifth Ministerial of the WTO!") hatte sich im Mai bereits eine internationale Versammlung in Mexiko-Stadt verständigt. Die WTO-kritischen Bewegungen rufen zu weltweiten Aktionstagen vom 7. bis 14. September auf. Ihr Urteil ist vernichtend: "Es reicht. Acht Jahre WTO sind genug."

Dieser Artikel erschien in leicht veränderter Form in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 349/350, Jg. 31, Juli/August 2003, S. 32-34

Erklärung der Sozialen Bewegungen im Anschluss an das 1. Austrian Social Forum (ASF), Hallein 2003

Soziale Rechte verteidigen und für eine andere Welt eintreten!

Das ASF (Austrian Social Forum) – www.socialforum.at – ist ein offener politischer Raum für demokratische Debatte, Vernetzung sowie den Austausch von Erfahrungen.

Mit seinen mehr als 175 Veranstaltungen, 1,500 TeilnehmerInnen, den zahllosen Begegnungen und dem Dialog unterschiedlicher Gruppen und Bewegungen war das Erste Österreichische Sozialforum in Hallein (29. Mai bis 31. Juni) ein großer Erfolg. Das ASF war ein örtlich und zeitlich begrenztes Ereignis, das sich als Teil der neuen sozialen Bewegungen versteht und sich in der Folge der Weltsozialforen und des Europäischen Sozialforums begreift. Vor diesem Hintergrund verabschieden die TeilnehmerInnen des Treffens der sozialen Bewegungen im Anschluss an das ASF die folgende Erklärung:

Mit der Politisierung der Gesellschaft durch die Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften und den Mobilisierungen der neuen sozialen Bewegungen, weltweit und in Österreich, fand das Erste ASF an einem Wendepunkt statt.

Angesichts der weltweiten Zerstörung der politischen, kulturellen, ökologischen und sozialen Grundlagen des Zusammenlebens durch Neoliberalismus und Krieg erachten wir eine radikale, gesellschaftspolitische Umorientierung und die Überwindung patriarchaler Geschlechterverhältnisse für notwendig.

Die von Schubhaft, menschenrechtswidriger "AusländerInnengesetzgebung" gekennzeichnete rassistische Politik muss durch eine ersetzt werden, welche die bestehenden Grenzen überwindet und allen in Österreich lebenden Menschen, unabhängig von der StaatsbürgerInnenschaft, die gleichen sozialen und politischen Rechte gewährt.

Ausgehend von der Überzeugung, dass die Menschen und nicht die Profite zählen, setzen wir uns für eine neue ökonomische Ordnung ein: Anstelle von Arbeitslosigkeit, Arbeitszwang, Ausbeutung, Zerstörung der Umwelt und

Sexismus muss eine neue Qualität des Lebens, der Arbeits- und Einkommensverteilung und der Beschäftigung treten. Nur so werden die GlobalisierungsverliererInnen zu den NutzniesserInnen einer zukünftigen Gesellschaft werden.

Wir wenden uns gegen die Angriffe auf soziale Rechte, die Daseinsvorsorge, den Sozialstaat und das öffentliche Eigentum, wie sie von der Regierung, der EU und den internationalen Finanzinstitutionen und ihren Verträgen (z.B. GATS) ausgehen. Der Sozialabbau insbesondere der geplante Pensionsraub bedrohen immer größere Teile der Gesellschaft mit Ausgrenzung und Armut.

Im Gegensatz zur Scheinheiligkeit der österreichischen Politik, die von Neutralität spricht, sich aber gleichzeitig und unter Einsatz von Milliarden Euro an der Militarisierung der Europäischen Union beteiligt, stehen wir für eine aktive Anti-Kriegspolitik. Wir sind Teil der weltweiten Anti-Kriegsbewegung, die unter anderem am 15. Februar 2003 in 600 Städten auf fünf Kontinenten ein klares Zeichen gegen imperialistische Herrschaft und Aggression gesetzt hat.

Unsere nächsten Schritte:

- Teilnahme an den Mobilisierungen gegen Pensionsraub, Sozialabbau und Krieg - Aufbau der sozialen Bewegung in Österreich.
- Mobilisierung für das Zweite Europäische Sozialforum, www.fse-esf.org, von 11.-16. November in Paris/Saint Denis
- Reflexion über das 1. ASF und Beginn des Prozesses zu einem 2. ASF im Mai 2004
- Daher rufen wir zu regionalen Sozialforum-Vorbereitungsgruppen auf, sich in bundesweiten Treffen vernetzen.

Gemeinsam wollen wir demokratische und soziale Rechte verteidigen und für eine andere Welt eintreten!

Das nächste überregionale Vorbereitungstreffen für das 2. ASF findet am Samstag, den 20. September 2003 – diesmal in Klagenfurt – statt. (Anm. der SiG-Redaktion) Nähere Informationen unter www.socialforum.at

Erklärung des Feministischen Forums des Austrian Social Forum 2003 in Hallein

Feminismus bedeutet den grundlegenden Auftrag die Unterdrückung und Verdrängung von Frauen aufzuzeigen und zu verändern. Ohne Patriarchat gäbe es keine Globalisierung. Ohne MittäterInnenschaft ebensowenig.

WIR sind Nutznießerinnen der Globalisierung und haben die Chance und Verpflichtung die daraus entstehenden Ressourcen in politisches Engagement umzusetzen. Zu dieser Einmischung gehört, dass wir den feministischen Diskurs erweitern und die Neoliberalismuskritik und -analyse sowie die Antiglobalisierungsbewegung bereichern im Sinne grundsätzlich feministischer Standpunkte.

"Alles Handeln ist ein sich Zusammenschließen im Handeln und durch Handeln einer Menge von Frauen." (nach Hanna Arendt). Dies setzt unabdingbar ein Ende der Ignoranz gegenüber feministischer Theorie- und Praxisbildung sowie gegenüber dem in der zweiten Frauenbewegung in 40 Jahren entwickelten Denken und Handeln voraus. Das bedeutet: Feminismus muß wieder gesehen werden als gelebte Praxis und politisches Mittel der Erkenntnis- und Gesellschaftskritik. Das heißt: die "Meßlatte" für gesellschaftliche Anliegen und Bezugspunkt für Denkverhältnisse ist eine feministische. Beweis dafür wäre das Aufzeigen des gesellschaftspolitischen und privaten Abhängigkeitsverhältnisses von der Arbeitskraft der Frauen. Ohne UNS funktioniert nichts! In diesem Sinn rufen wir alle Frauen auf zum umfassenden Streik:

- Verweigerung aller dem weiblichen Geschlecht zugeordneten Tätigkeiten:
- Wider die Ignoranz gegenüber der Grundexistenz von Frauen.
- Schaffung von patriarchatsfreien Zonen beim ASF und anderen Weltveranstaltungen ist Voraussetzung.

Der Weg dorthin ist die Installierung feministischer Foren bei sämtlichen Verhandlungen im öffentlichen Raum als gesetzte Intervention. Das bedeutet, dass es nicht um die Zuschreibung an Frauen als Mangelwesen (Opfer / Minderbemittelte) gehen kann, vielmehr heißt es, dass wir konkrete Begehren haben, formulieren und in die Welt tragen wollen.

Feminismus ist eine Perspektive, denn Geschlecht strukturiert jedes Thema und jede Realität. Feminismus ist eine Einspruchsfigur, sie spricht vielfältig und doch immer in Bezug auf das Selbe, denn sie benennt die Über- und Unterordnung von Männern und Frauen in den Verhältnissen. Wir sprechen für das querlegen der Perspektive durch alles Denken an diesem Ort und an jedem anderen, denn FEMINISMUS IST EIN MUSS.

Nähere Informationen unter www.socialforum.at

1. *feminist*ATTAC-Conference Globalisierung feministisch hinterfragt 11. bis 14. September 2003 in der europäischen Kulturhauptstadt Graz www.attac-austria.org/gruppen/feministattac/feministattac.php

Der neoliberale Mythos verspricht Wohlstand für alle. Die soziale und ökonomische Realität spricht jedoch eine andere Sprache. Für viele und insbesondere für Frauen bedeutet Globalisierung zunehmende Belastungen und Einschränkungen der persönlichen Freiheit.

Der Kongress soll dazu beitragen, die Globalisierung aus der Frauenperspektive zu betrachten und den Beitrag von Frauen sichtbar zu machen. Wir wollen Raum schaffen, um

Erkenntnisse und Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Alternativen zu entwickeln. Bewegung und Dynamik soll in den herrschenden Diskurs gebracht werden, Kritik und Kreativität sollen Platz erhalten. Der Anspruch ist, ökonomische Zusammenhänge kritisch zu analysieren und Verbindungen zum alltäglichen Leben und Handeln herzustellen. Wir wollen Verknüpfungen sichtbar machen, politische Aktionsfelder eröffnen und persönliche und kollektive Handlungsmöglichkeiten anregen.

Nach dem Irak-Krieg: Wie geht es weiter? Pierre Khalfa, Mitglied des Verwaltungsrats von ATTAC Frankreich

Der folgende Text ist ein Diskussionsbeitrag des Seminars "Neue Verantwortung der GlobalisierungskritikerInnen", das am 5. Mai in Paris auf Initiative von "Transversales", "Mouvement" und "Espace Marx" stattfand.

Darin wird versucht, die gegenwärtigen Umwälzungen zu benennen und einige der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die globalisierungskritische Bewegung aufzuzeigen.

Infragestellung des neoliberalen Modells

Der Irakkrieg und seine Konsequenzen dürfen nicht dazu führen, dass wir die dreifache Legitimationskrise des neoliberalen Kapitalismus aus den Augen verlieren.

Zunächst haben wir es mit einer Krise des Modells zu tun. Das Platzen der Blase auf den Finanzmärkten und der Zusammenbruch der "new economy" haben das Paradigma der neoliberalen Globalisierung völlig zerstört. Die neuen Technologien, ständig steigende Börsenkurse und Marktöffnung sollten eine möglichst große Anzahl Menschen zu Reichtum verhelfen. Was folgte, war ein böses Erwachen. Die Krise des neoliberalen Modells wird von einer spezifischen Krise des von den internationalen Finanzinstitutionen empfohlenen Entwicklungsmodells überlagert. Durch die Lage in Argentinien und darüber hinaus in ganz Lateinamerika - ganz zu schweigen von Weltgegenden wie Afrika, die man völlig ihrem Schicksal überlassen hat, - ist das Scheitern der Strukturanpassungs-politik und des Entwicklungsmodells, das sich ausschließlich am Weltmarkt orientiert, offenkundig geworden.

Und schließlich gibt es eine "governance"-Krise, seitdem die strafbaren Handlungen verschiedener Akteure des neoliberalen Systems anlässlich verschiedener Affären, in die mehrere Unternehmen verwickelt waren, die als Prunkstücke des triumphierenden Kapitalismus gelten, öffentlich wurden. Besonders bemerkenswert dabei ist, dass alle "Glieder der Kette" davon betroffen sind: Unternehmensleitungen, Verwaltungsräte, Banken und Aufsichtsbehörden. Dank wohlwollenden Regierungsbehörden konnten sie alle mitmischen - im schlimmsten Fall als aktive Betrüger oder bestenfalls indem sie vor zweifelhaften aber dafür umso profitableren Praktiken die Augen geschlossen haben. Dem Köder des Profits konnte die vielzitierte "good governance" einfach nicht widerstehen.

Auch wenn die dreifache Krise die Grundlagen des neoliberalen Kapitalismus - Herrschaft des Finanzkapitals, die auf dem freiem Kapitalfluss und der Marktöffnung basiert - (noch) nicht infrage stellt, so hat sie gleichwohl innerhalb der herrschenden Klassen eine Debatte über eine mögliche Umgestaltung seiner Mechanismen in Gang gebracht. Auch wenn diese Debatte durch den Irakkrieg in den Hintergrund gedrängt wurde, so werden die Konsequenzen gleichwohl noch gravierender sein, wenn die Welt in eine Rezessionsphase abgeleitet, was heute nicht mehr ausgeschlossen werden kann.

Diese Legitimationskrise des neoliberalen Kapitalismus bestätigt, dass die Kritik der Globalisierungsgegner zutreffend war und aus ihr gestärkt hervorgeht. Die Erfolge des Europäischen Sozialforums in Florenz und des 3. Weltsozialforums in Porto Alegre belegen, dass diese

Bewegung weltweit in der politischen Szene dauerhaft Fuß gefasst hat und dass die Phase, die Mitte der 90er Jahre begann und eindrucksvoll Ende 1999 in Seattle zutage trat, nicht abgeschlossen ist. Aber damit sind die Schwächen der Bewegung noch nicht behoben. Wenngleich sich diese Themen in der öffentlichen Meinung Gehör verschaffen konnten, so hatte diese doch keine Auswirkungen auf die Politik der Regierungen noch auf die der internationalen Institutionen, noch konnte sie die neoliberale Offensive verhindern, mit der der Sozialstaat zerstört werden soll. Ebenso schwer fällt es der Bewegung, Antworten auf Fragen zu finden, die sie selbst aufgeworfen hat, ganz abgesehen vom Problem des Krieges, das seinerseits neue Fragen aufwirft.

Krieg und neoliberale Globalisierung - der neue politische Kurs der USA

Die Frage des Verhältnisses zwischen Krieg und Kapitalismus ist nicht neu. Die berühmte Kurzanalyse von Jaurès, nach der der Kapitalismus den Krieg wie die Wolke das Gewitter in sich birgt, diese Kurzanalyse hat sich in zwei Weltkriegen bestätigt. Kurz gesagt liegt ihr die Idee zugrunde, dass die Konflikte zwischen Nationen die Konflikte nationaler Bourgeoisien widerspiegeln, die aufeinander prallen, um sich die Welt untereinander aufzuteilen. Danach haben die beiden Weltkriege zu einer neuen Aufteilung der Welt und zu einer doppelten (der amerikanischen und der sowjetischen) Hegemonie geführt. Die Aufteilung der Welt, die auf dem Gleichgewicht der nuklearen Abschreckung beruht, zwingt die Länder mehr oder weniger unter das Joch einer der beiden Großmächte. Der Krieg wird vom "Zentrum" an die "Peripherie" vor allem in der Gestalt von "nationalen Befreiungskämpfen" verlagert. Gleichwohl werden diese Konflikte von den Großmächten kontrolliert.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion sprengt dieses Kontrollsystem. Völker, die seit Jahrzehnten unterjocht waren, wollen nun ihre Identität wiedererlangen, auch wenn sich das gegen ihren unmittelbaren Nachbarn richtet. Aber gleichzeitig verschärft die Umsetzung neoliberaler Rezepte die sozialen Probleme und die Entwicklung der neoliberalen Globalisierung scheint die gerade wiedererlangte Identität und Souveränität jetzt schon wieder infrage zu stellen - abgesehen von den Ländern, deren Staaten sich im Laufe dieses Prozesses auflösen. Besonders explosiv zeigte sich die Lage in Bezug auf Ex-Jugoslawien, aber heute gibt es eine ganze Reihe sogenannter "Kleinkriege", an denen die Großmächte, und in erster Linie die USA, aktiv beteiligt sind.

Aber diese Konflikte, die für die betroffenen Völker mit extremen Leiden verbunden sind, ändern im Grunde nichts am Zusammenspiel der Großmächte, deren Konflikte im Rahmen internationaler Institutionen weiter geregelt werden. Auch wenn die USA den internationalen Institutionen immer misstraut haben (ständige Kritik ihrer Unfähigkeit, jahrelange Aussetzung ihrer Beitragszahlungen an die UN, ihre Distanzierung anlässlich der WTO-Gründung etc.): Den Interessen der USA haben diese Institutionen gleichwohl gedient. Sie sorgten aber auch dafür, dass die anderen Großmächte ihre Interessen vertreten konnten und verhinderten damit eine wirklich imperiale Politik.

Der auf die Afghanistan-Intervention folgende Irakkrieg offenbart, dass sich die Lage grundlegend verändert hat. Abgesehen von den geopolitischen Gründen - Umgestaltung des Nahen Ostens, schärfere Kontrolle der Erdölressourcen - und abgesehen vom Druck der Militär- und Industrie-Lobby handelt es sich bei diesem Krieg vor allem um den Versuch der USA, die Weltordnung prinzipiell auf der Grundlage der G.W.Bush-Formel "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns" infrage zu stellen. Das heißt, die USA und nur sie entscheiden, was gut für die Welt ist. Die anderen Regierungen haben sich nach der US-amerikanischen Politik zu richten.

Der neue politische Kurs der USA setzt in gewisser Weise die Linie fort, deren übergeordnetes Ziel seit dem 2. Weltkrieg schon immer darin bestand, die eigenen Hegemonialansprüche aufrecht zu halten. Diese umfassten schon immer mehrere Seiten: eine wirtschaftliche, politische, ideologische und eine militärische Seite, wobei mal die eine, mal die andere im Interesse der Hegemonie privilegiert wurde. In dreierlei Hinsicht unterscheidet sich die aktuelle Situation von der vorhergehenden: Der ideologische und messianische Charakter des neuen amerikanischen Credo, das sich deutlich von einem realpolitischen Diskurs abhebt, die unilateral getroffenen Entscheidungen und die Überbewertung des Militärs in Verbindung mit den theoretischen Ausführungen zum Präventivkrieg, durch die der Krieg oder zumindest die Drohung mit dem Krieg zu einem feststehenden politischen Bezugspunkt wird. Es geht in diesem Zusammenhang vor allem darum, auf die absolute militärische Überlegenheit der USA zu setzen, um die eigene umstrittenen Machtposition zu stärken. In dieser Hinsicht bildeten die anderen Großmächte die kollaterale Zielscheibe des Irakkriegs.

Daneben gilt es, den Bezug zwischen dieser neuen politischen Richtung und der neoliberalen Globalisierung aufzuzeigen. Hinter den amerikanischen Truppen im Irak verbergen sich bestimmte amerikanische Multis, die in der Lage sind, sich des irakischen Binnenmarktes zu bemächtigen. Die neoliberale Globalisierung ist jedoch durch die extreme Liquidität staatenlosen Kapitals und die Schwächung der Verbindungen zwischen dem Nationalstaat und den großen einheimischen Firmen geprägt. Auf Antrieb verfolgen letztere eine globale Strategie, haben weltweit gestreuten Interessen und die Nationalität ihrer Aktionäre ist sekundär. Wenn sie auch nicht abgeneigt sind, gelegentlich die Hilfe des Staates anzunehmen, um die Kosten der Arbeit zu senken, den Sozialabbau zu betreiben oder Finanzhilfen in Anspruch zu nehmen, um sich in dem einen oder anderen

Territorium niederzulassen, so heißt das noch lange nicht, dass wir noch in einer Zeit leben, in der die Großmächte Kanonenboote einsetzen, um westlichen Waren Absatzmärkte zu verschaffen. Die neoliberale Globalisierung braucht wahrscheinlich keine militärische Unterstützung; die Öffnung der Märkte, die alle Regierungen betreiben, schafft das von ganz alleine. Sicher, wenn Länder diesen Prozess ernsthaft infrage stellen würden oder wenn Volksbewegungen dafür stark genug wären, so wäre Gewaltanwendung zweifellos unumgänglich, um wieder "Ruhe und Ordnung" herzustellen. Aber der Fall Irak lag ganz anders.

Ebenso schwierig ist es, einen Kausalzusammenhang zwischen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise - wie auch immer die Prognosen der zukünftigen Entwicklung aussehen mögen - und dem neuen politischen Kurs der USA herzustellen. Der Grund der amerikanischen Irak-Intervention bestand nicht darin, dass sie sich gezwungen sahen, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Keiner kann heute sagen, dieser Krieg hätte die Krise noch verschärft oder ob er eine positive Wirkung gehabt hätte. Im Gegensatz zu den 30er Jahren hat die gegenwärtige Krise außerdem nicht dazu geführt, dass die Länder sich von einander abkapseln. Eine solche Entwicklung kann nicht von vorne herein ausgeschlossen werden, falls sich die aktuelle Krise zu einer allgemeinen Rezession auswächst. Das Signal einer solchen Abkapselung könnte der Abzug des in den USA angelegten ausländischen Kapitals sein, das es Washington erlaubt, sich selbst nicht an die Regeln zu halten, die es anderen Ländern auferlegt. Dies wäre in der Tat eine historische Zäsur.

Die neue amerikanische Politik gehorcht folglich nicht rationalen Überlegungen, die ihre Wurzeln in der Wirtschaft haben, wenngleich sie damit wirtschaftlichen Gewinn erzielen könnte. Es handelt sich im Wesentlichen um politisch-ideologische Entscheidungen einer von den Neokonservativen beherrschten Führungsmannschaft, die das Terrorattentat vom 11. September benutzt, um diese Politik durchsetzen zu können. Unter den möglichen Wegen, die amerikanische Hegemonie zu festigen, konnten die spezifischen Entscheidungen der Bush-Administration nur dank günstiger Rahmenbedingungen erfolgreich sein.

Ein neuer politischer Kurs voller Widersprüche

Der Erfolg wird nur von kurzer Dauer sein und die Schwierigkeiten, mit denen die amerikanische Regierung zu kämpfen hat, treten bereits zutage. So ist z.B. im amerikanischen Diskurs der zentrale Hinweis auf eine Demokratie, die es aufzubauen gilt, ganz besonders heuchlerisch, wenn man sich an das Verhalten der USA in anderen Teilen der Welt erinnert. Viel komplizierter wird in diesem Zusammenhang die Ernennung einer irakischen Marionetten-Regierung, die Unterdrückung des irakischen Volks und darüber hinaus ganz allgemein die Unterstützung von Diktaturen durch die USA.

Außerdem führt die Entwicklung eines arroganten Unilateralismus in allen möglichen Bereichen dazu, dass den anderen Großmächten nur die Wahl zwischen Anpassung und Ablehnung bleibt. Es ist zweifelhaft, ob die anderen

großen kapitalistischen Länder auf die Dauer geneigt sind, ihre Interessen denen der USA zu opfern und Vasallen zu werden. Der Fall Irak, in dessen Verlauf sich eine bestimmte Anzahl von Ländern dem amerikanischen Diktat widersetzt hat, kann sich wiederholen. Die "inner-imperialistischen" Widersprüche können sich folglich verschärfen, auch wenn sie sich nur in einem von der amerikanischen Hegemonie stark geprägten Rahmen entfalten können. Schließlich wird dieses arrogante und gewaltsame Verhalten dazu führen, dass die öffentliche Meinung die politischen Zielsetzungen der USA massiv zurückweist; die Demonstrationen gegen den Irakkrieg waren davon nur ein Vorgeschmack.

Die Wirkung dieser Widersprüche wird umso größer sein, als wachsende Schwierigkeiten zwangsweise nach dem Irakkrieg offen zutage treten werden und die wirtschaftliche Lage in den USA sehr ungewiss scheint (Handels- und Haushaltsdefizite in Rekordhöhe, keine nennenswerte Spartätigkeit etc.). Auch wenn die Position der Bush-Administration momentan durch den schnellen militärischen Sieg gefestigt zu sein scheint, ist es doch noch lange nicht sicher, ob sie über die Mittel verfügt, diesen Sieg in einen dauerhaften politischen Sieg umzuwandeln. Falls die Rahmenbedingungen sich verschlechtern, könnte die herrschende Klasse in den USA ihre Unterstützung des aktuellen Regierungskurses in Frage stellen, und das umso mehr, als es in den USA eine starke Antikriegsbewegung gibt. Daher die Versuchung, eine Flucht nach vorn anzutreten und anderen Ländern wie Syrien zu drohen und so einen möglichst großen Vorteil aus dem militärischen Sieg zu ziehen.

Neue Probleme

Die globalisierungskritische Bewegung ist im Kampf gegen den Krieg zutiefst engagiert. Die Tatsache, dass das Datum des 15. Februar, an dem die größte, jemals weltweit organisierte Demonstration stattgefunden hat, anlässlich der Vorbereitung des ersten Europäischen Sozialforums diskutiert und für Europa während der in Florenz stattgefundenen Versammlung der Sozialen Bewegungen, und für die übrige Welt während des Weltsozialforums in Porto Alegre beschlossen wurde, hat eine sehr symbolische Bedeutung. In zahlreichen Ländern war die globalisierungskritische Bewegung das Zugpferd der Antikriegsmobilisierung. Angesichts der derzeitigen Orientierung der amerikanischen Verwaltung wird der Kampf gegen den Krieg ein zentrales Thema der Aktion der kommenden Monate bleiben.

Der Kampf gegen den Krieg hat die Debatte über die Bündnisse aufgeworfen, die die Bewegung in dieser Frage eingehen kann. Die Übereinstimmungen mit den Regierungen einiger, gegen die amerikanische Invasion eingestellter Großmächte sind an und für sich kein Problem. Dank dieser Art von Position war es möglich, die amerikanische Verwaltung in Schwierigkeiten zu bringen, da sie die von ihr erstrebte Einstimmigkeit nicht erreichen konnte, und dies ihr noch ein wenig mehr die Legitimität entzog. Man muss jedoch vermeiden, wegen dieser Situation eine Anzahl von Fragen unter den Tisch zu fegen, wie zum Beispiel Tschetschenien oder die französische Afrika-Politik, denn sonst läuft die globalisierungskritische Bewegung das

Risiko, dass man ihr vorwirft, einen "Imperialismus" gegen einen anderen ausspielen zu wollen.

Außerdem stellt der Kampf gegen den Irakkrieg und die dortige Entwicklung die Frage der Beziehungen zwischen der globalisierungskritische Bewegung und den politischen islamistischen Strömungen, die sich der amerikanischen Politik entgegenstellen. Diese Frage ist überaus komplex, da wir zwei Fallen vermeiden müssen. Die erste wäre nämlich, unterschiedslos sämtliche Strömungen deshalb zu verurteilen, weil sie sich zum Islam bekennen. Eine solche Einstellung würde bedeuten, den Islam als solchen zu stigmatisieren und diese Religion anders zu behandeln als die anderen; während die Anwesenheit von Organisationen, die sich zum Christentum bekennen und zum Teil eine Nähe zu den Kirchen vorweisen, in der Bewegung kein Problem darstellen. Die zweite Falle besteht darin, das Risiko einzugehen, im Namen des Prinzips "der Feind meines Feindes ist mein Freund" die Augen zu schließen in bezug auf Vorhaben, Verhaltensweisen oder Deklarationen, die den demokratischen Werten der Emanzipierung und der Gleichheit, die der globalisierungskritischen Bewegung zugrunde liegen, diametral entgegengesetzt sind. Vor jeglicher anderer Überlegung soll der Respekt dieser Werte unser Leitfadens sein.

Die derzeitige Situation stellt zudem neue Probleme auf dem Terrain der traditionellen Tätigkeit der globalisierungskritischen Bewegung, die von jeher die internationalen Institutionen sehr stark kritisiert hat. Wenn sie auch nicht alle die gleiche Rolle spielen, so funktionieren sie doch im Großen und Ganzen zugunsten der Weltmächte, insbesondere der stärksten von allen, den USA. Dem neuen Kurs der amerikanischen Verwaltung gegenüber, scheinen sie einen Anschein von Legitimität in den öffentlichen Meinungen wiederzufinden.

Angesichts der willkürlichen Entscheidungen der amerikanischen Verwaltung im wirtschaftlichen Bereich, scheint das Hinwenden an die WTO ganz natürlich und gibt dieser Institution eine Legitimität, die ihr bisher abgesprochen wurde. Trotzdem ist die WTO weiterhin eine "Liberalisierungsmaschine", die soziale Rechte abbaut und umweltschützende Normen zerstört. Und für wann eine neue Legitimierung des IWF und der Weltbank? Auch der Fall der UNO ist sehr aufschlussreich. Obwohl die grundlegenden Texte dieser Institution bemerkenswert sind, müssen wir zugeben, dass selbige diese niemals richtig gefördert hat und dass ihr Funktionieren von den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates total dominiert wird. Schlimmer noch: Die vor kurzem von ihrem Generalsekretär vorgeschlagenen Richtlinien haben zum Ziel, eine "Partnerschaft" mit den Multinationalen zu fördern, wie vor kurzem anlässlich des Johannesburg Gipfels illustriert. Angesichts der Absicht der USA, die Welt zu regieren, erscheint trotzdem der Rückgriff auf die UNO zwingend.

Um auf diese neuen Fragen Antworten zu finden, muss zunächst über eine gewisse Anzahl von Themen Klarheit geschaffen werden.

Während die Frage der WTO einfach zu behandeln ist - es gibt solide Argumente zu diesem Thema -, so darf die Stärke der neoliberalen Propaganda, die anlässlich des Treffens in Cancún im September entfaltet werden wird, nicht

unterschätzt werden. Die Bewegung wird bei dieser Gelegenheit ihre Kapazität, grundlegende Erklärungen, Mobilisierung der Massen und Antworten auf konkrete Fragen zu kombinieren, unter Beweis stellen müssen.

Die Frage des internationalen Rechts und der UNO ist schwieriger zu beantworten. Die Debatte über die UNO, ihre Funktionsweise, ihre Zielsetzungen, muss in Kürze stattfinden. Der rituelle Rückgriff auf den Vorrang des internationalen Völkerrechts darf nicht dazu dienen, die Schwäche der Argumentation zu vertuschen: Das heißt, wäre ein legaler, ein vom Sicherheitsrat befürworteter Krieg, ein gerechter Krieg gewesen? Wenn wir nicht wollen, dass die Ablehnung des amerikanischen Unilateralismus die globalisierungskritische Bewegung in einen formellen Legalismus einengt oder sie als Anhänger einer von den Großmächten dominierten UNO hinstellt, dann müssen wir fähig sein, schnellstens Ansätze radikaler Reformen dieser Institution zu finden und die Grundlagen eines internationalen Rechts zu legen, das auf Gerechtigkeit basiert.

Zudem ist durch den Krieg wieder einmal die Unfähigkeit Europas an den Tag getreten, eine entscheidende Rolle auf der internationalen Szene zu spielen, und die öffentliche Debatte über seine Zukunft ist wieder angekurbelt worden. Obwohl der globalisierungskritischen Bewegung klar ist, dass das gegenwärtige Europa Träger einer neoliberalen Globalisierung ist, und sie auf schwierige und unvollständige Weise begonnen hat, den Kampf gegen die neoliberalen Politiken Europas einzuleiten, so fällt es ihr doch schwer, die alternativen Orientierungen zur aktuellen europäischen Konstruktion zu definieren. Sie ist zudem ziemlich abwesend bezüglich der institutionellen Debatte und wortkarg in Bezug auf die Rolle, die Europa in der Welt spielen soll. Diese Situation darf angesichts des Risikos, durch die Offensiven einiger Regierungen oder der europäischen Institutionen in diesem Bereich destabilisiert zu werden, nicht mehr andauern.

Tritt die Bewegung in eine neue Phase ein?

Die Bewegung wird sich daher einer Reihe ganz neuer Fragen stellen müssen, die sie möglicherweise zutiefst spalten werden. Die Zukunft der Bewegung hängt von ihrer Fähigkeit ab, sich mit diesen unterschiedlichen Auffassungen auseinander zu setzen. Diese Auseinandersetzung ist umso wichtiger, als die Bewegung für eine andere Welt einem doppelten Druck ausgesetzt wird:

Einerseits zieht sie aufgrund ihrer Stärke und ihres Gewichts in der Öffentlichkeit immer mehr Interessierte an, die sich ihr anschließen möchten, was ihre Vielfältigkeit verstärkt.

Andererseits besteht die immer dringendere Notwendigkeit, alternative Antworten zu finden und die nötige gesellschaftliche Mobilisierung voranzutreiben; daraus ergibt sich die Bestrebung nach einer gewissen Homogenität. Die zukünftige Dynamik der Bewegung wird von dem Geschick im Umgang mit dem Spannungsfeld zwischen diesen beiden Prozessen bestimmt. Die Diskussionen um die Rolle des Sozialforums und um seine Verbindung zu den "Sozialen Bewegungen" deuten auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten hin.

Die Vielfältigkeit der Bewegung für eine andere Welt ist eine Stärke. Sie ist der Beweis, dass die Bewegung viele

politische Interessen abdeckt. Motivation und Hintergrund der in der Bewegung engagierten Personen sind sehr unterschiedlich. Damit diese Vielfältigkeit nicht ständig zu Streit und Spaltung führt, ist ein funktionierendes Konsensprinzip vonnöten, dem sich die Bewegung mehr oder weniger spontan verschrieben hat. Das Konsensprinzip, von dem hier die Rede ist, bedeutet weit mehr als sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen. Es ist als dynamischer Prozess zu verstehen. Dieser Prozess findet in den Diskussionen statt und versucht, gegensätzliche Standpunkte zu überwinden, was natürlich voraussetzt, dass genügend Zeit zum Diskutieren vorhanden ist. Er stützt sich auf ein Minimum an politischem Rahmen, an den sich alle beteiligten Kräfte halten. Die Bewegung konnte die jeweiligen Schwerpunkte ihrer Arbeit in eine allgemeine Problematik integrieren, die auf zwei Grundelementen basiert, nämlich zum einen auf der Ablehnung der Umwandlung der Welt in eine Ware und zum anderen dem Streben nach einer wirklichen Demokratie. Diese beiden Elemente bilden sozusagen die Grundmauern, auf denen sich die Bewegung für eine andere Welt aufbaut.

Diesen Willen zur Einheit der Bewegung für eine andere Welt, die für ihre Zukunft entscheidend ist, ist eine umso größere Herausforderung ihres politischen Kampfes, als Regierungen und internationale Behörden ständig versuchen, die Bewegung in "Gemäßigte" und "Radikale" aufzuteilen. Obwohl seit Seattle schon mehrfach das Auseinanderbrechen der Bewegung vorausgesagt wurde, ist es nie eingetreten. Abgesehen von der oben genannten grundsätzlichen politischen Einigkeit gibt es einen Grund dafür, dass diese Einheit bisher erhalten blieb. Im Gegensatz zu den emanzipatorischen Bewegungen der Vergangenheit strebt die Bewegung für eine andere Welt nicht nach der Macht, sondern begreift sich als Teil der Gegenkräfte. So konnte sie viele strategische Diskussionen vermeiden, darunter die vom Typ "Reform oder Revolution", die die emanzipatorischen Bewegungen der Vergangenheit im Innersten gespalten haben. Daher sieht die Bewegung das Parteiensystem als problematisch an, unabhängig von der Orientierung, die die Parteien haben können; daher rührt auch die Schwierigkeit, Beziehungen zu diesen Parteien und zu politischen Akteuren im allgemeinen zu definieren, die über Misstrauen hinaus gehen. Dieses Misstrauen ist umso wichtiger, als die Bewegung für eine andere Welt, um ihre Vorschläge zu unterbreiten, sich zwangsläufig an politische Parteien wenden muss, mit deren Programm sie nicht einverstanden ist.

Die Suche nach einem Konsens lässt die Frage der Kräfteverhältnisse innerhalb der Bewegung nicht wie durch Zauberhand verschwinden. Konsens entsteht oft durch eine Einigung zwischen den größten Kräften innerhalb der Bewegung. Solch ein Konsens birgt das Risiko, dass Organisationen frustriert sind und an den Rand gedrängt werden, wenn sie den Eindruck gewinnen, dass ihr Standpunkt nicht berücksichtigt wird. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, kann die Suche nach einem Konsens zum Gegenteil dessen führen, was eigentlich erstrebt wird, nämlich zu Ausgrenzung statt Integration. Einen anderen kontraproduktiven Effekt, der während der Vorbereitungen zum Sozialforum aufgetreten ist, bildet die Entwicklung von Lobbyarbeit, d.h. die Teilnahme von Bewegungen, denen es

einzig und allein darum geht, dass ihr Standpunkt berücksichtigt wird, ohne dass sie daran interessiert wären, sich in den Gesamtprozess zu integrieren.

Der Aufbau der Bewegung für eine andere Welt ist ein kontinuierlicher Prozess, dessen Weiterentwicklung derzeit durch die regelmäßig stattfindenden großen internationalen Treffen gewährleistet ist. Diese Treffen sind natürlich sehr unterschiedlich, doch sie bestimmen das Profil einer weltweiten Bewegung, die auf der Basis internationaler Ereignisse entsteht und so in der Lage ist, dem Prozess der kapitalistischen Globalisierung etwas entgegenzusetzen. Es ist genau diese Eigenschaft der Bewegung, die ihren anfänglichen Erfolg ausgemacht hat, da sie vollkommen den aktuellen Veränderungen entspricht. Diese Eigenschaft reicht jedoch möglicherweise nicht aus, um die Bewegung gut durch ihre kommende Entwicklungsphase zu tragen.

Die entscheidende Frage, die sich die Bewegung für eine andere Welt stellen muss, ist die nach ihrem langfristigen Nutzen. Inwiefern kann diese Bewegung wirksam die gegenwärtige Situation verändern? Zuerst hat die Bewegung ihre grundsätzliche Ablehnung des gegenwärtigen Zustandes der Welt ausgedrückt. Diese Ablehnung war und ist

grundlegend, da sie klar macht, was auf dem Spiel steht und wer die Feinde sind. Das Problem, das wir heute lösen müssen, ist weniger das der alternativen Konzepte - diese existieren bereits in vielen Bereichen, wenn es auch noch viel zu tun gibt -, sondern vielmehr das der zukünftigen Strategie der Bewegung. Wie sollen wir unsere Aktionen auf die Ziele ausrichten, für die sich die größtmögliche gesellschaftliche Mobilisierung erreichen lässt, um die derzeitigen Projekte des Sozialabbaus zu verhindern und alternative Lösungen umzusetzen? Welcher Platz kommt der Gewerkschaftsbewegung als unverzichtbarem Akteur in diesem Prozess zu? Wie sollen wir zusammen arbeiten trotz unserer erheblichen Unterschiede? Die Einrichtung von Sozialforen auf den einzelnen Kontinenten kann helfen, diese Fragen konkreter zu beantworten. Besonders das Europäische Sozialforum (ESF) kann den Ausgangsrahmen bilden, um diese Fragen anzugehen, und zwar mit dem Blick auf die Entstehung von Mobilisierung auf europäischer Ebene.

Übersetzung: Hartmut Brühl
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team: coorditrad@attac.org
Sig23mdv

Jakarta Friedenskonsens, Mai 2003

Einleitung

Trotz all der Toten und der Zerstörung, die die Invasion des Irak durch die Vereinigten Staaten verursacht haben, hat sie dennoch eine derart erstaunliche, historische globale Antikriegsbewegung ins Leben gerufen, die sogar die New York Times dazu gezwungen hat, von "der anderen weltweiten Supermacht" zu sprechen. Die unbestreitbare Wichtigkeit dieser Bewegung wurde der Welt zu jenem Zeitpunkt vor Augen geführt, als die massiven, international koordinierten Friedensmärsche den Globus am vergangenen 15. Februar geradezu überschwemmt haben.

Gewissermaßen als Antwort auf die Invasion und Besetzung des Irak durch die eine Supermacht, haben sich sofort Vertreter dieser anderen Supermacht in Jakarta versammelt, um die gegenwärtigen Konjunktur zu analysieren, die nächsten Pläne zu entwerfen und zukünftige Strategien festzulegen.

Die eilig organisierte Konferenz, die in Jakarta, Indonesien, vom 19. bis 21. Mai 2003 abgehalten wurde, stand allen Interessierten offen. Diejenigen, die sie besucht haben, repräsentieren einige der größten nationalen wie regionalen Koalitionen und Gruppierungen für Frieden und Gerechtigkeit auf der ganzen Welt.

Unter ihnen gab es beispielsweise Vertreter der Asiatischen Friedensallianz, eines breit angelegten Netzwerk von Antikriegsorganisationen aus ganz Asien; die "Stop the War Coalition" Großbritanniens, die die historischen Demonstrationen in London organisiert hat; die "Vereinigung für Frieden und Gerechtigkeit" (United for Peace and Justice), die größte Antikriegskoalition der Vereinigten Staaten; das italienische Sozialforum, die bei den millionenstarken Antikriegsdemonstration des letzten Jahres während des europäischen Sozialforums eine Schlüsselrolle eingenommen

hat; die Istanbuler "No to War Coordination", die ihrerseits für die massiven Lebenszeichen der Friedensbewegung in der Türkei verantwortlich war und "Books not Bombs" (Bücher nicht Bomben), eine australische Studentebewegung, sowie unzählige Koalitionen nationaler Antikriegsbewegungen.

Ebenso waren Aktivisten für Demokratie im Irak vertreten, die Organisatoren des kommenden Weltsozialforums in Indien, Delegierte vom Weltfrauenmarsch, indonesische Gewerkschaften, das Südafrikanische Anti-Privatisierungsforum, Greenpeace, Focus on the Global South und Jubilee South. Da ihnen die indonesischen Behörden die Visa verweigerten, wurden Delegierte aus Pakistan und Palästina an der Teilnahme gehindert, ebenso wie irakische Bürger, die sich in Japan im Exil befinden.

Die Teilnehmer kamen aus folgenden Ländern: Afghanistan, Australien, Österreich, Brasilien, Kanada, Osttimor, Frankreich, Hong Kong, Indien, Indonesien, Irak, Israel, Italien, Japan, Korea, Libanon, Malaysia, Niederlande, Nicaragua, Philippinen, Südafrika, Tunesien, Türkei, Großbritannien und aus den Vereinigten Staaten.

Nach drei Tagen intensiver Debatten und Diskussionen, haben die Teilnehmer gemeinsam den "Jakarta Friedenskonsens" entworfen, welche eine "Erklärung der Einigkeit" und einen konkreten Aktionsplan beinhaltet, die hiermit den Friedens- und Gerechtigkeitsbewegungen auf der ganzen Welt vorgeschlagen wird. Dieser Konsens wird in Arabisch, Französisch, Spanisch, Bahasa Indonesisch, Italienisch, usw. übersetzt und wird beim nächsten internationalen Antikriegskongress präsentiert werden, der in Evian am 31. Mai dieses Jahres zusammentritt.

Erklärung der Einigkeit

Wir, die unterzeichnenden Aktivisten der Friedens- und Gerechtigkeitsbewegung, die wir die Sozialbewegungen und Netzwerke aus 26 Ländern Asiens, Europas, Australiens, Afrikas, Latein- und Nordamerikas repräsentieren, sind hier in Jakarta, Indonesien, zusammengekommen. In den letzten drei Tagen haben wir unserer Bestürzung über die Eskalation der militärischen Aggression gegen den Irak, die kürzlich von der US-Regierung angeführt wurde, Ausdruck verliehen.

Wir erklären, dass der Krieg und die Invasion des Iraks ungerecht, illegal und illegitim sind und appellieren an die internationale Gemeinschaft, diese von den USA angeführte Aggression zu verurteilen. Wir verlangen den sofortigen Rückzug aller ausländischen Truppen aus dem Irak und dass dem irakischen Volk zugestanden wird, seine Zukunft gemäß dem Prinzip der Selbstbestimmung zu entwerfen. Diese Konferenz ruft alle Regierungen dazu auf, jedweden Regime, das von den USA im Irak eingesetzt wird, die Anerkennung zu verweigern.

Wir schlagen den Bewegungen für Frieden und Gerechtigkeit die Einrichtung eines internationalen Völkertribunals vor, um die Kriegshetzer einen gerechten Urteil zuzuführen und um die Kriegsverbrechen zu untersuchen. Die Alliierten dieses Krieges werden sich der politischen, moralischen und wirtschaftlichen Verantwortung für ihre Verbrechen nicht entziehen können.

Dies umfasst auch die direkte Zahlung von Kriegsentschädigungen an das irakische Volk, das den Wiederaufbau ihres Landes unabhängig von Kontrollmechanismen ausländischer Gesellschaften, der Weltbank, des IWF und der Vereinten Nationen durchführen soll. Gleichzeitig werden die permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrates zur Verantwortung für die Auswirkungen der mehr als 10 Jahre andauernden Wirtschaftssanktionen gezogen. Wir verlangen die Streichung der irakischen Auslandsschuld. Gleichzeitig denunzieren wir die Heuchelei der US-amerikanischen Regierung, die aus Eigeninteresse die Aufhebung dieser Schuld ebenso verlangt, während sie auf der Zahlung horrender Auslandsschulden aller anderen Entwicklungsländer weiterhin beharrt.

Während Tanks und Bomben den Irak zerstört haben, haben im nahe gelegenen Palästina die von den USA unterstützten israelischen Militärs weiter gemordet und das palästinensische Volk mit Methoden verfolgt und eingesperrt, die uns an das untergegangene Apartheidsystem Südafrikas erinnern. Wir setzen uns für den internationalen Kampf, für ein Ende der kolonialen Besetzung von Palästina ein und verlangen die Demontage aller israelischen Siedlungen und die sofortige Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge. Wir verurteilen die fortgesetzte Einmischung der USA in Palästina und verlangen die Anerkennung der nationalen Rechte der Palästinenser als Vorbedingung eines gerechten und daher dauerhaften Friedens in dieser Region.

Wir sehen die Invasion des Irak als einen Teil des in Gang befindlichen Wirtschaftskriegs gegen die Völker des Südens. Auf Grund der Regeln der Weltbank/des IWF und der WTO,

wird diese Welt zunehmend ungerechter und ungleicher. Die WTO, die sich in Cancún, Mexiko, im September trifft, wird ein weiteres Forum sein, bei welchem die Führer der imperialistischen Welt ihre Strategien planen werden. Sie stürzen die Welt in eine Kette aufeinanderfolgender Kriege in ihrer Suche nach Öl, nach wirtschaftlicher und politischer Vorherrschaft, um die Unterjochung der Arbeiterklasse und der verarmten Massen aufrecht zu erhalten.

Unter dem Vorwand, gegen den "Terrorismus" zu kämpfen, hat die US-Regierung ein unhaltbares Konzept des Präventivkrieges entwickelt. Unter diesem Banner haben die USA gestern Afghanistan und heute den Irak überfallen, während die morgigen Ziele Syrien, der Iran, Nordkorea, Venezuela, Kolumbien, Kuba oder andere Nationen sein können, die sich den politischen und wirtschaftlichen Interessen der USA widersetzen.

Wir beobachten mit wachsender Beunruhigung die Militarisierung der Welt, die in offenen und versteckten Kriegen sowie der Expansion US-amerikanischer Militärbasen Ausdruck findet und sich in der Steigerung der Militärbudgets und Militäroperationen niederschlägt. Wir stellen uns auch den Akten der Aggression entgegen, die gegen die Völker von Aceh, Mindanao, Kashmir oder Kurdistan gerichtet sind.

In dieser Atmosphäre des Militarismus eskalieren die Polizeischikanen gegen marginalisierte Gemeinschaften, MigrantInnen und ethnische Minderheiten. Wir verlangen eine globale Abrüstung. Vor allem verlangen wir den Abbau aller Atomwaffen. Wir unterstützen den Aufruf, der den Nahen Osten in eine "Zone frei von Massenvernichtungswaffen" verwandeln will, nicht zuletzt auch in Israel, dem Staat, der die am weitesten zerstörenden Kapazitäten besitzt.

Wir beschließen die Fortsetzung des Aufbaus der internationalen Mobilisierungen für Frieden und die Gerechtigkeit, die ihre Kraft zwischen dem 14. und 16. Februar 2003 auf so dramatische Weise unter Beweis gestellt haben, als Millionen Menschen weltweit gegen den Krieg im Irak marschiert sind.

Unsere Prinzipien basieren auf der Errichtung eines echten Internationalismus von unten, wo wir eine neue internationale Gemeinschaft errichten werden, die auf Gleichheit und Demokratie aufgebaut ist. Während unsere Arbeit international ausgerichtet ist, werden wir auch unsere eigenen nationalen Regierungen herausfordern, wo immer deren Politik dem Krieg, dem Militarismus und dem Neoliberalismus zuarbeitet.

Wir widersetzen uns dem Krieg in all seinen Erscheinungsformen, ob er nun offen deklariert oder zwischen Staaten ist, ob er ein Krieg gegen soziale Bewegungen, ein wirtschaftlicher Krieg gegen die verarmten Völker der Welt ist oder ob es sich dabei um einen Krieg gegen die politische Aktivisten und Gegner der herrschenden Ordnung handelt. Wir zielen auf die breiteste mögliche Einheit unter unseren mannigfaltigen Organisationen ab, zu denen sich auch Organisationen der islamischen Gemeinschaft, Umweltgruppen, und Bewegungen gegen Rassismus und Sexismus befinden.

Unsere Arbeit vernetzt sich mit den wachsenden sozialen Widerstandsbewegungen gegen die neoliberale Globalisierung, da wir sehen, dass der Krieg mit Gewehren und Bomben nur der blutigste Ausdruck der Vorherrschaft des Neoliberalismus und des Imperialismus ist. Wir rufen alle Organisationen, Sozialen Bewegungen und Personen auf, die unsere Analyse und unseren Aktionsplan teilen, sich unseren gemeinsamen Bemühungen anzuschließen, sich an der Errichtung eines weltweiten Netzwerks für Solidarität und globalen Frieden zu beteiligen, das besonders beim Forum in Evian (G-8 Gipfel), in Cancún (WTO KONFERENZ), bei allen regionalen Sozialforen und beim nächsten Weltsozialforum in Bombay weiter getrieben wird.

Wir glauben, dass eine Welt frei von Krieg, von Ausbeutung, von Ungleichheit, Armut und Unterdrückung möglich ist. Wir sehen die Realität dieser Alternativen, die innerhalb der wachsenden Bewegungen der Jugend, Frauen, Arbeiter, Studenten, MigrantInnen, Arbeitslosen, der Menschenrechte, für Frieden und Gerechtigkeit sichtbar wird, wir sehen sie bei AktivistInnen und BürgerInnen, die ihren Geist, ihre Energie bündeln und sich gemeinsam einsetzen für den Kampf um einen echten Frieden, der auf globaler Gerechtigkeit für alle Völker dieser Welt beruht.

Erklärung und Aktionsplan zu Irak

Die von den USA angeführte Invasion und Besetzung des Irak ist illegal. 1946 hat das Nürnberger Tribunal sein Urteil mit den Worten begründet, dass die "Einleitung eines Aggressionskrieges nicht nur ein internationales Verbrechen sondern zugleich auch das oberste Verbrechen darstellt, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, indem es in sich die gesamte Fülle aller einzelnen Übel zu einem Ganzen akkumuliert."

Folglich verlangen wir:

Ein unmittelbares Ende der illegalen Besetzung des Irak durch die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich sowie den unmittelbaren Rück- und Abzug aller ausländischen Truppen, Militärberater und -vertreter, Kriegsgüter und Waffen.

Wir beharren darauf:

- Dass das irakische Volk absolute und souveräne Rechte besitzt, die eigene Zukunft zu bestimmen. Keine Besatzungsmacht hat das Recht, die territoriale Integrität des Iraks zu verletzen. Jegliche Entscheidung bezüglich der Bedürfnisse an internationaler Hilfe ruht allein beim irakischen Volk.
- Die Besetzung des Irak durch die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich ist illegal, wie dies auch für jegliche administrative Autorität oder einstweilige Regierung, die durch die Besatzungsmächte eingesetzt wird, gilt. Daher entbehren die Entscheidungen der Besatzungsmächte oder deren Repräsentanten für das irakische Volk jeglicher Bindung.
- Das von den Vereinten Nationen eingerichtete Konto des irakischen "Oil for Food" ("Öl für Nahrungsmittel") Programms darf nicht für den Wiederaufbau des Irak benutzt werden, bzw. zur Beseitigung jener Schäden, die durch den illegalen Krieg und den illegalen UN Wirtschaftssanktionen verursacht wurden. Der Fonds

muss im Vertrauen auf das irakische Volk gehalten werden, bis eine legitime und das Volk grundlegend repräsentierende Regierung vorhanden ist.

Während wir besonders unabhängige zivilgesellschaftliche Hilfsleistungen für und Solidarität mit dem irakischen Volk, auch durch die Vereinten Nationen und deren Behörden unterstützen, sollen andere Regierungen und Nicht-regierungsorganisationen nicht als Deckmantel dienen, um von der illegalen Invasion und Besetzung des Irak Profite zu ziehen. Humanitäre Hilfe darf nicht dazu missbraucht werden, militärische, politische und wirtschaftliche Ziele der Besatzungsmächte zu bewerben zu fördern.

Gemäß der Genfer Konvention, obliegen humanitäre Hilfe, Unterstützung, Wiederaufbau und andere Entwicklungsaktivitäten auf der gesetzlichen und moralischen Verantwortung der Aggressoren und Besatzungsmächte, wobei jene für sich nicht "Unterstützungen" beanspruchen dürfen, die allein dem irakischen Volk zusteht.

Das irakische Volk besitzt Souveränität über alle Bodenschätze, Betriebsmittel und Produktionsstätten. Die Invasions- und Besatzungsmächte oder ihre Privatsektoren haben keinerlei Recht Entscheidungen zu treffen, wer die Ausbeutung der Bodenschätze oder den Aufbau und der Lieferung der grundlegenden Dienstleistungen kontrolliert oder aus ihnen Nutzen zieht.

Die vollen Kosten des Wiederaufbaus, Entschädigungen und Reparationszahlungen für die physische, soziale, wirtschaftliche, psychologische, ökologische, kulturelle Zerstörungen und die Vernichtung des historischen Erbes, die allesamt von der durch die USA angeführten Invasion verursacht wurden, müssen von den Aggressoren getragen werden.

Entschädigungen für den physischen, sozialen, wirtschaftlichen, psychologischen, ökologischen, kulturellen Schaden, sowie den Verlust der historischen Schätze, die von der durch die USA angeführten Invasion verursacht wurden und für die Leiden die von den Sanktionen der Vereinten Nationen hervorgerufen wurden, müssen von den permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrates geleistet werden.

Zusätzlich müssen Entschädigungen an alle Personen geleistet werden, die physische, wirtschaftliche oder psychologische Schäden oder Traumata erlitten haben, die sich in jenen zwölf Jahren Wirtschaftssanktionen und die Invasion des Jahres 2003 ergaben, die auf der Grundlage individueller und kollektiver Ansprüche gefordert und durch ein unabhängiges Tribunal verteilt werden.

Wir verlangen die Verurteilung der USA und seiner Verbündeten wegen der Besetzung des Irak. Wir unterstützen alle Bemühungen zur Einberufung eines Nationalen Kongresses oder einer konstituierenden Versammlung oder jeder anderen Art demokratischer Selbstorganisation, die zur Errichtung eines rechtmäßigen, neuen irakischen Staates führen. Dieses Verfahren muss in gänzlicher Unabhängigkeit zu den Besatzungsmächten umgesetzt werden.

Wir rufen die Vereinten Nationen, die Organisation der islamischen Konferenz und die Liga der arabischen Staaten zur Zusammenarbeit auf das internationale Gesetz einzuhalten, die Besetzung des Irak zu beenden und die

Einrichtung einer demokratischen Regierung im Irak zu unterstützen.

Wir bitten die internationale Gemeinschaft und die Regierungen in aller Welt jeglicher Form von Autorität oder Regierung, die durch die Besatzungsmächte eingerichtet wird, die Anerkennung zu verweigern.

Wir unterstützen die Kampagne, initiiert von der Internationalen Vereinigung der Rechtsanwälte gegen Atomwaffen und anderen Organisationen, die UNO-Generalversammlung dazu zu drängen, ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs bezüglich der Ungesetzlichkeit des Gewaltgebrauchs gegen den Irak einzuholen, ebenso wie die Doktrin des präventiven Krieges zu überprüfen.

Wir begrüßen desweiteren die Kampagne zur Bildung eines internationalen UN-Kriegsverbrechentribunals, der die Verantwortlichen für die Invasion und die Besetzung des Iraks zur Rechenschaft zu ziehen hat.

Wir verlangen, dass alle Regierungen das Recht der Iraker anerkennt, unbehelligt reisen zu können sowie in den Irak zurückzukehren.

Wir lehnen die Pläne der USA ab, eine Neuordnung des "Nahen Ostens" vorzunehmen einschließlich dessen wirtschaftlicher Pendant, vorgeschlagen von G.W. Bush, ein "Freihandelsgebiet des Nahen Ostens" zu errichten.

Wir verpflichten uns, in Solidarität mit dem Volk und der zivilen Gesellschaft des Irak zusammen zu arbeiten und deren demokratische Kräfte zu unterstützen.

1. Wir verpflichten uns zur Organisation einer Reihe von Erkundungsmissionen in den Irak in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft, bereits geknüpfte Kontakte zu erweitern und so viele demokratische irakische Organisationen als möglich zu integrieren, mit der Vision in Bagdad eine Konferenz über den Krieg und die Besetzung vorzubereiten.
2. Wir verpflichten uns an der Errichtung von ein oder mehr Besatzungsbeobachtungszentren im Irak vorbereitend mitzuwirken. Diese Zentren sollen die Funktion von Überwachungs- und Informationszentren übernehmen, die die militärischen Besatzungsmächte und jegliche von den US eingesetzte Regierung genauestens beobachten, sowie Dokumentationen möglicher Kriegsverbrechen und anderer Übertretungen von Menschen- und demokratischen Rechten vornehmen. Ebenso wird die Rolle ausländischer Firmen und Kriegsprofiteure im Irak mitberücksichtigt werden.
3. Wir verpflichten uns zur Entwicklung multipler Methoden um direkt und unmittelbar mit dem irakischen Volk zusammenzuarbeiten, einschließlich der Entsendung von Massendelegationen in den Irak, mit dem Ziel breite Bindungen zwischen irakischen Organisationen und Individuen, aufzubauen und eine globale Zivilgesellschaft, besonders in den Antikriegs-, die Antiglobalisierungs- und der Weltsozialforum Bewegungen zu etablieren. Wir verpflichten uns ebenso zur Einrichtung einer neuen globalen Irak Informationswebsite sowie jeden anderen Mittels, das dienlich erscheint um Informationen und Betriebsmittel zu koordinieren.

4. Auf Basis der Vorschläge von türkischen, japanischen, südafrikanischen und lateinamerikanischen Bewegungen verpflichten wir uns zur Errichtung eines Internationalen Völkertribunals, um die Kriegsbetreiber und Besetzer des Irak strafrechtlich verfolgen zu können, das in mehreren Ländern mit einer internationalen Besetzung von Anklägern und Richtern abgehalten werden soll.
5. Wir rufen zu einem internationalen Boykott von US Produkten am 4. Juli 2003 auf, dem Unabhängigkeitstag der Vereinigten Staaten, und unterstützen jegliche andere Initiative, die den Boykott von US Produkten zum Ziel hat.

Aktionsplan gegen Globalisierung und Militarismus

Wir begrüßen den Aufruf der Hemisphärischen Generalversammlung gegen FTAA und WTO während einer Aktionswoche gegen die ministerielle Versammlung der WTO in Cancún, Mexiko. Vor allem ersuchen wir Friedens- und Menschenrechtsorganisationen am 9. September gegen die WTO und am 13. September gegen Globalisierung und Krieg zu mobilisieren. Wir begrüßen den von der jüngsten Chiapas Konferenz getätigten Aufruf "eines zielgerichteten Boykotts" von Coca Cola, McDonalds, Texaco, CNN und Vox für die Dauer dieser Protestwoche.

Wir verurteilen die spürbar sich ausbreitende McCarthy-Atmosphäre, die in den USA durch die Bush Regierung gefördert wird. Wir unterstützen die "World Says No to Bush" ("die Welt sagt Nein zu Bush")-Kampagne, die während der Republikanischen Tagung in New York im September 2004 ihren Höhepunkt erreichen soll. Diese Kampagne hat zum Ziel Millionen Menschen weltweit zu mobilisieren um in einem globalen Referendum die Rechtmäßigkeit des "Imperators" Bush zu untergraben.

Wir verlangen die strategische Konzentration auf die sich vollziehende Vermehrung von US Militärbasen rund um den Erdball. Wir verpflichten uns zur Vorbereitung eines globalen Aktionstages gegen Militärbasen in der ersten Hälfte des Jahres 2004, der durch den asiatischen Friedensbund koordiniert wird.

Die weltweite Explosion von Militärausgaben registrierend, verlangen wir eine globale Kampagne für allgemeine Abrüstung. Wir erweitern unsere Einladung an jene Friedens- und Abrüstungsgruppierungen, die nicht an der Jakarta Konferenz vertreten sein konnten, sich unseres Netzwerkes zu bedienen und sich an koordinierte Initiativen zu beteiligen, die globale Aktionstage mit einschließen könnten.

Wir beschließen einen Aktionstag gegen Betriebsplünderer, besonders Halliburton und Bechtel sowie deren Tochtergesellschaften. Diese Aktion wird von einer Arbeitsgruppe der Jakarta Konferenz koordiniert.

Jakarta, am 21. Mai 2003

Für nähere Informationen:

Herbert Docena, herbert@focusphilippines.org